

## Antrag L03.00 1.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

BO Regionsverband Süd-West (Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 1

- 1 ~~Keine Aufrüstung, kein Krieg~~ **Die Kriege stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt!** Für eine neue Friedensordnung und internationale
- 2 Solidarität

### Begründung

Der neue Titel ist zugleich aktuell und trägt auch mittel- bis langfristig.

## Antrag L03.00 1.6: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 1 - 2

- 1 ~~Keine~~ **Gegen Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität** **Krieg!**

### Zeile 3 - 8

- 3 ~~Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die~~
- 4 ~~zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche~~
- 5 ~~bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer~~
- 6 ~~Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in~~ In einer Zeit, in der die
- 7 kapitalistische wirtschaftliche und nationale Konkurrenz um Absatzmärkte, Ressourcen, billige
- 8 Arbeitskräfte, Böden und Einflussphären unter den
- 7 ~~Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte~~
- 8 ~~Kräfte erstarken.~~ heuchlerischen Masken der westlichen "Werte und Freiheit" (Freiheit für das
- 9 Kapital) oder der "Interessen und Schutz der Nation und des Volkes" (Interessen des Kapitals) die
- 10 Menschheit erneut vor die Fratze einer militärischen globalen Katastrophe zwingt, können und
- 11 dürfen wir eine weitere Aufrüstung und Eskalation nicht mittragen!

Wir sagen NEIN zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO für Rüstungsausgaben und NEIN zu 100-Milliarden-EURO Sondervermögen für die Bundeswehr. Stattdessen radikale Abrüstung und Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz.

Wir stehen ein für ein sofortiges Verbot von Rüstungsexporten, Verstaatlichung der kriegsanheizenden Rüstungsindustrie und ihre Umstellung auf zivile Produkte.

Schluss mit imperialistischen Kriegen und Besatzung. Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Unser Mitgefühl gilt der leidenden arbeitenden Bevölkerung in der Ukraine und Weltweit. Sie hat ein Recht auf Selbstverteidigung gegen imperialistische Invasoren. Genau diese lohnabhängige

arbeitende Bevölkerung unterstützen wir! Keine Unterstützung von Kapitalist:innen und oder Oligarch:innen, die unter dem Banner der “nationalen Verteidigung” für ihre eigenen Reichtümer kämpfen und die Menschen dafür in Kanonenfutter verwandeln.

Eine wirkliche gerechte Verteidigung, ist eine von der einfachen arbeitenden Bevölkerung organisierte Verteidigung unter eigener Flagge und nicht der Flagge des Kapitals und ökonomischer Interessen!

Auch die russische Bevölkerung leidet unter dem Einfluss des Krieges und der Sanktionen. Sanktionen, die die russische Bevölkerung weiter in Putins Arme treiben. Sie geben ihm genügend Möglichkeiten, um sich als “Verteidiger” der Interessen der einfachen russischen Bevölkerung zu präsentieren und von ihr noch mehr abzuverlangen. Krisengebeutel und hungrig, lässt sich kein Widerstand gegen Putin organisieren. Deshalb lehnen wir Sanktionen gegen die einfache russische Bevölkerung ab.

#### Zeile 9 - 14

~~9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere  
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder  
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich  
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den  
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
14 unterstützen.~~

#### Begründung

Dieser Krieg, aber auch alle anderen Kriege allgemein, haben viel weitreichendere Ursachen und Quellen als erst einmal nüchtern angenommen werden würde.

### Antrag L03.003.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 3 - 8

3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Geopolitische Rivalitäten nehmen zu. Die Vormachtstellung der  
4 USA ist nicht mehr unangefochten. Der ~~Angriff Russlands auf die Ukraine und die~~  
5 ~~zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche~~  
6 unipolare Machtanspruch wird von aufsteigenden Wirtschaftsmächten - wie etwa den BRICS-  
7 Staaten - in Frage gestellt. Diese geopolitischen Verschiebungen haben große Sprengkraft.  
8 Rivalitäten bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und  
weiterer  
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den  
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte  
8 Kräfte erstarben.  
In dieser gefährlichen geopolitischen Situation stellt DIE LINKE den Erhalt des Friedens in den  
Vordergrund ihrer Politik.

#### Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag L03.003.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 3 - 7

- 3 Wir leben in Zeiten ~~tiefer~~ von Krisen und Kriegen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die  
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer ~~Machtansprüche~~  
Mächte bergen die Gefahr eines ~~globalen Flächenbrandes~~ Eskalation, eines atomaren Krieges und  
weiterer lokaler Kriege oder sogenannter  
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den  
7 Hintergrund. Kriege stellen den Klimawandel völlig infrage. Die soziale Ungleichheit spitzt sich  
weltweit weiter zu; autoritäre und rechte  
8 Kräfte erstarren.

### Begründung

Der Begriff Krise steht für sich. Es gibt unterschiedliche Machtzentren, die so benannt werden sollten. Der Begriff "Stellvertreterkriege" ist nicht hinreichend für diese Beschreibung, zumal es auch andere, lokale Kriege, auf der Welt gibt bzw. geben könnte, die auf jeweils nationalen/nationalistischen Machtansprüchen in Regionen der Welt begründet sind. Der Begriff "Eskalation" ist zur Beschreibung der Situation besser geeignet.

## Antrag L03.003.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 3 - 8

- ~~3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die  
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche  
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer  
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den  
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte  
8 Kräfte erstarren.~~

### Zeile 9

- 9 Die dominante neoliberale Formation des Kapitalismus hat zu einer objektiven Proletarisierung  
weiterer gesellschaftlicher Schichten geführt. Die fortschreitende Konkurrenz hat einerseits zum  
Zurückdrängen erkämpfter sozialer Absicherung von Teilen der Arbeiterklasse geführt (Hartz IV &  
Agenda 2010), andererseits wird versucht, die verschärfte Konkurrenz auf subjektiver Ebene  
durch Abgrenzung (Rassismus, Sexismus, etc.) zu begegnen. Die innerkapitalistischen Kämpfe um  
Märkte spitzen sich in der verschärften Konkurrenz auch weltweit zu. Das Feindbild des

autokratischen Chinas und Russlands lenkt ab von den Interessengesetzen um Produktions- und Absatzmärkte. Der daraus folgende Nationalismus und die Abschottung entfachten Konflikte in reale Kriege. Was diese Kriege weltweit anrichten - viele davon mit Beteiligung der NATO und der Bundesregierung, ist in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Jemen, Ägypten, Libyen, Syrien und zuletzt in der Ukraine zu

beobachten. Kriege sind darin die eskalativste Form der Gewaltanwendung, die unmittelbar Leid, Tod und Zerstörung hervorbringen. Diese Art der Politik lehnen wir ab!

10

Deshalb müssen alle Kampfhandlungen, Waffenlieferungen und Sanktionen umgehend eingestellt werden. Der aktuelle Angriff der russischen Armee in der Ukraine ist unmenschlich und brandgefährlich. Er ist eine grundfalsche Reaktion auf die aggressive Aufrüstung und Ausweitung der NATO. Wir ~~verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere~~ wirken für die Abrüstung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Friedenssystem für Europa inklusive Russlands, mit gleichberechtigter und verbindlicher kultureller, wirtschaftlicher und politischer Partnerschaft. Das allein entwickelt Frieden und ermöglicht soziale und demokratische Fortschritt in allen Ländern. Das Gebot der Stunde heißt Deeskalation, Abrüstung und Diplomatie. Unsere

10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder  
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich  
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den  
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
14 unterstützen.

## Begründung

Die Ursachen von Krieg sind nicht nur aus dem Tagesgeschehen heraus zu erklären, sondern sind fester Bestandteil der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die internationalen Krisen und Konflikte sind nicht nur auf die Ukraine zu reduzieren, sondern haben weltweite Auswirkungen vom Kapitalismus. Die Auswirkungen der Kriege anderer Länder dürfen ebenso nicht vergessen werden.

## Antrag L03.003.4: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Tempelhof-Schöneberg, MdB Sahra Wagenknecht (Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Norman Paech, weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 3 - 8

~~3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die  
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche  
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer  
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den  
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte  
8 Kräfte erstarken.~~

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Dieser Satz des französischen Sozialisten Jean Jaurès ist leider hochaktuell. Die kapitalistischen Krisen mehren und vertiefen sich. Der Kampf um Macht, Profit und Einflusssphären wird wieder skrupellos mit militärischen Mitteln ausgetragen.

9

Die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einem III. Weltkrieg und einem nuklearen Inferno ist größer als jemals seit dem Ende des Kalten Krieges.

Wir verurteilen jedweden Bruch des Völkerrechts, wer auch immer diesen begeht. Ob es der jüngste Krieg Russlands gegen die Ukraine ist oder die völkerrechtswidrigen Kriege der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen und anderswo oder auch der brutale Krieg der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz im Jemen – das Gewaltverbot der UNO gilt für alle. Es darf nicht länger mit zweierlei Maß gemessen werden.

10

Für den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine gibt es keine Rechtfertigung. Zugleich sind wir nicht bereit, ihn aus seinem geopolitischen und historischen Kontext zu lösen. Daher schweigen wir nicht zu den Entwicklungen, die maßgeblich dazu beitrugen, dass Russland heute in der Ukraine Krieg führt. Wir schweigen nicht zur wortbrüchigen NATO-Osterweiterung, nicht zu dem mit 5 Milliarden Dollar von den USA unterstützten Regime-Change auf dem Maidan, nicht zur Ablehnung des Minsker Abkommens durch die ukrainische Regierung.

Die jahrelange demonstrative Missachtung der von russischer Seite artikulierten Sicherheitsinteressen führte in diesen nicht zu rechtfertigenden Krieg, in dem wieder unschuldige Menschen getötet und große Zerstörungen angerichtet werden sowie Millionen auf der Flucht sind. Auch viele westliche Diplomaten, so der frühere US-Botschafter in Moskau und heutige CIA-Chef William Burns haben die NATO-Expansion gen Osten als »unnötige Provokation« bezeichnet und vor der Fortsetzung dieser Politik gewarnt.

11

Wir verurteilen diesen Krieg und alle für seine Entstehung Verantwortlichen.

#### **Zeile 9 - 14**

~~9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere  
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder  
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich  
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den  
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
14 unterstützen.~~

#### **Zeile 15 - 24**

~~15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen  
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre  
17 Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu  
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen  
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflusssphären kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.~~

#### **Zeile 25 - 30**

~~25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität  
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des  
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische  
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.  
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,  
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.~~

## Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

## weitere Antragsteller\*innen

Prof. Dr. Hermann Klenner (Ältestenrat), Luisa Mayer (['solid], Delegierte), Anne Urschll (BAG Gesundheit und Soziales, Delegierte), Klaus Ernst (MdB), Thorben Peters (Lüneburg, Delegierter), Zaklin Nastic (Landesvorsitzende Hamburg, MdB, Delegierte), Yusuf Karaaslan (Marburg-Biedenkopf, Delegierter), Sabine Lösing (Göttingen), Bengt Rüstemeier (['solid], Delegierter), Meike Jockers (Wetteraukreis, Delegierte), Sevim Dagdelen (MdB), Christian Leye (MdB), Andrej Hunko (MdB), Ralf Krämer (SL, Delegierter), Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss), Wolfgang Gehrcke (Ältestenrat), Friedrich Rabe (Bundesausschuss), Jochem Visser (Bundesausschuss), Constantin Braun (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte), Bernd Buxbaum (Vorpommern-Rügen, Delegierter), Julian Eder (Wetteraukreis, Delegierter), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg Mitte, Delegierte), Claudia Geratewohl (Cuba Si, Delegierte), Kristian Glaser (Hamburg Mitte, Delegierter), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform, Delegierter), Stephan Jegielka (Berlin Mitte, Delegierter), Thomas Kachel (BAG FIP, Delegierter), Gudrun Kian (Vorpommern-Rügen, Delegierte), Alexander King (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Dr. Lydia Krüger (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierte), Horsta Krum (Kommunistische Plattform, Delegierte), Dr. Artur Pech (Oder-Spree, Delegierter), Melanie Rott (Berlin Mitte, Delegierte), Peter Wils (Hamburg-Langenhorn, Delegierter), Elisabeth Wissel (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierte), Franziska Hildebrandt (Hamburg Mitte, Ersatzdelegierte), Arne Brix (Oldenburg), Isabelle Casel (Rhein-Berg, Sprecherin der BAG FIP), Moritz Hieronymi (Brandenburg an der Havel), Marvin Knappe (Dahme-Spreewald), Anja Koch (Havelland), Prof. Dr. Ekkehard Lieberam (Leipzig), Elke Lieberam (Leipzig), Christiane Reymann (Berlin Pankow), Olaf Walther (Stellv. BA-Mitglied für LV Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg Mitte, Delegierte)

## Antrag L03.003.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 3 - 8

- 3 ~~Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die~~
- 4 ~~zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche~~
- 5 ~~bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer~~
- 6 ~~Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den~~
- 7 ~~Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt~~ völkerrechtswidrige Aggression Russlands gegen die
- 8 Ukraine birgt die Gefahr eines globalen Flächenbrandes und eines atomaren Krieges. Sie drängt
- 9 die Bekämpfung der Klimakatastrophe und die sich ~~weltweit zu; autoritäre und rechte~~
- 10 ~~Kräfte erstarken.~~ zuspitzende soziale Ungleichheit in den Hintergrund.

## Begründung

Am Anfang des Textes sollte der russische Angriffskrieg im Mittelpunkt stehen und nicht auf geopolitische Rivalitäten eingegangen werden. Dass autoritäre Kräfte und rechte Kräfte erstarken, ist als pauschale Aussage z.B. aufgrund des Wahlausgangs in Slowenien falsch und hat wenig mit dem Ukrainekrieg zu tun.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (fds) Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte) Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA) Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)

Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg) Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen)) Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf) Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf) Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)

Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft) Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen) Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.003.6: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 3 - 8

- 3 Wir leben in Zeiten ~~tiefer Krisen~~ einer tiefen Kapitalismuskrise. Der Angriff Russlands auf die Ukraine ~~und die~~ ist Ausdruck von zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche
- 5 ~~bergen, die~~ die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer
- 6 Stellvertreterkriege bergen. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
- 7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
- 8 Kräfte erstarken. Eine friedenspolitische, soziale und ökologische Wende ist dringend erforderlich!

### Begründung

Die Krise beginnt nicht mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Die LINKE und die Linke weltweit sind gefragt, die Alternative als progressive Beantwortung der gesellschaftlichen Entscheidungssituation stärker herauszubilden.

## Antrag L03.005.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 5 - 6

- 3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die  
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche  
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, ~~eines atomaren Krieges und weiterer~~  
6 Stellvertreterkriege mit atomarer Eskalation. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe  
in den  
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte  
8 Kräfte erstarben.

## Antrag L03.007.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 7 - 8

- 3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die  
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche  
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer  
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den  
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; zu. Die Komplexität der Probleme  
nimmt zu. Katastrophen werden sich häufen und dementsprechend haben viele Menschen Angst  
vor einer ungewissen Zukunft. Die Sehnsucht nach einfachen Antworten stärkt dabei vor allem  
autoritäre und rechte  
8 Kräfte ~~erstarben~~.

### Begründung

Es könnte der Eindruck entstehen, aus der sozialen Ungleichheit ergibt sich die Konsequenz, dass autoritäre und rechte Kräfte erstarben. Das Problem ist komplexer.

## Antrag L03.009.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 9

- 9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. ~~Unsere~~, genauso  
10 wie die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO. Unsere  
11 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder  
12 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich  
13 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den  
14 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
unterstützen.

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag L03.009.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 9 - 14

- 9 Wir verurteilen den ~~verbrecherischen~~ Angriffskrieg und die Kriegsverbrechen Russlands aufs  
Schärfste. ~~Unsere~~  
10 und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein. Unsere Solidarität gilt den  
Menschen in der Ukraine, die leiden, ~~Widerstand leisten und sich verteidigen~~ oder  
11 flüchten ~~müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich~~  
12 ~~gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den~~  
13 ~~Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht~~  
14 ~~unterstützen.~~

## Begründung

Russische Kriegsverbrechen haben zweifelsfrei stattgefunden, auch wenn das genaue Ausmaß noch nicht überall bekannt ist. Darauf verweist der Änderungsantrag und fordert eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.

## weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)

Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (fds) Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
DELEGIERT Dana Engelbrecht (FDS)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte) Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)

Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf) Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin) Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf) Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft) Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel) Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)

Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen) Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.009.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 9

- 9 Wir verurteilen den ~~verbrecherischen~~völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands und die von  
10 Russland begangenen Kriegsverbrechen aufs Schärfste. Unsere  
11 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder  
12 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich  
13 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den  
14 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
unterstützen.

### Begründung

Wir sollten explizit die Kriegsverbrechen nennen, damit man uns das nicht vorwirft.

## Antrag L03.010.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP  
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 10 - 11

- 9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere  
10 Solidarität gilt ~~den Menschen in der Ukraine~~allen den Menschen, die leiden, Widerstand leisten  
oder  
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ~~ebenso den Menschen in~~auch den Menschen in der  
Ukraine und Russland, die sich  
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den

13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
14 unterstützen.

## Begründung

Solidarität ist unteilbar.

## Antrag L03.015.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 15 - 24

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~  
16 ~~Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre~~  
17 ~~Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu~~  
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~  
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der~~  
20 ~~geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche~~  
21 ~~Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflusssphären kämpfen, auch mit dem Mittel~~Nach  
Jahrzehnten der Eroberung neuer Märkte in östlicher Richtung und deren militärische NATO-  
Einbindung hat der krisengeschüttelte US-Imperialismus beim Griff nach der Ukraine (besonders  
2014 ff.) die Eskalationsspirale hochgefährlich und eskalativ weit gedreht. Die Aufkündigung des  
22 ~~Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.~~  
23 ~~Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine~~  
24 ~~nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie~~INF-Vertrags seitens der  
Trump-Regierung, die militärische Einbindung der Ukraine als NATO-Beitrittskandidatin und das  
von der Bundesregierung forcierte EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine samt neoliberaler  
Marktöffnung und militärischer Zusammenarbeit mit der EU heizten den Konflikt weiter an. Die  
Antwort der russischen Regierung militärisch in die Ukraine einzugreifen ist ein folgenschwerer  
Fehler. Dieser Krieg hätte verhindert werden können. Warnungen und Engagement der  
Friedensbewegung, für Abrüsten statt Aufrüsten, gegen die Osterweiterung der NATO, und für  
Völkerverständigung für Frieden, sind umso richtiger intensiviert zu verfolgen.

### Zeile 25 - 30

25 ~~DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität~~  
26 ~~verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des~~  
27 ~~Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische~~  
28 ~~Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.~~  
29 ~~Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,~~  
30 ~~alle Menschenrechte an jedem Ort.~~

## Begründung

Die Kontextualisierung des Konflikts, der bis Februar 2022 bereits knapp 14.000 Tote kostete, kann nicht ungesagt bleiben. Wir müssen als LINKE den Konflikt ganzheitlich verstehen, wenn wir ihn als einzige Kraft auch lösen möchten. Gleichzeitig hat die Friedensbewegung, der wir als LINKE angehören, vor diesem Konflikt schon länger gewarnt. Die erneute Eskalation muss deshalb an allen

Stellschrauben, militärisch, politisch, ökonomisch und kulturell erfasst und auch gelöst werden.

## Antrag L03.015.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 15 - 24

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~  
16 ~~Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre~~  
17 ~~Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu~~  
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~  
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.~~ Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im, von fossilen Brennstoffen  
getriebenen, Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. ~~Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.~~  
23 ~~Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine~~  
24 ~~nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.~~ Die weiteren  
geostrategischen Machtzentren sind Nordamerika (USA, Kanada), die EU-Staaten und im  
asiatischen Raum insbesondere China, Japan und Australien.

### Begründung

Die Aussagen und Behauptungen in Zeilen 15- 19 sind im wesentlichen unzutreffend. Zudem fehlt es hier an der Benennung und Charakterisierung der andern Machtzentren in der Welt der Kapitalismus. Zum Begriff "fossiler Kapitalismus" haben mich Mitglieder und Kollegen\*innen gefragt, was der denn bedeuten soll.

## Antrag L03.015.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 15 - 19

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen  
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem abzielt, den Einflussbereich der alten  
Sowjetunion wiederherzustellen. Es wird versucht ~~wird~~, autoritäre  
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu  
18 destabilisieren. ~~Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~  
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.~~ aufzulösen oder Territorien mit  
militärischer Gewalt und Krieg zu okkupieren. Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des

- 22 Krieger. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

## **Begründung**

Nicht alle postsowjetischen Staaten befinden sich unter dem Einfluss Russlands. Daher bildet die Formulierung, dass Russland den Herrschaftsbereich der alten Sowjetunion wiederherstellen will, die Realität besser ab. Die Beschreibung der konkreten Einmischungen und Militärinterventionen Russlands ist an dieser Stelle nicht nötig und außerdem unvollständig, da z.B. Georgien fehlt.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz) Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Anna Voswinckel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)

Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS) Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li)  
Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truningner (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Wolfgang Freye

## **Antrag L03.015.4: Änderungsantrag zu L03-01**

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:**

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP  
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

15 Seit Jahren ~~betreibt~~betreiben die NATO-Staaten und Russland eine Politik, die darauf zielt, die  
postsowjetischen  
16 Staaten unter ~~ihrem~~ Einfluss ~~Russlands~~-zu halten: Indem versucht wird, autoritäre  
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu  
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen  
19 Aufstände oder zahlreiche farbige Revolutionen legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.  
Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland ~~eine imperialistische Politik verfolgt.~~die aggressive  
Erweiterung der NATO mit aggressiver Machtpolitik beantwortet.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

## Begründung

Wenn schon, denn schon Äquidistanz. Ursache und Wirkung sollte man nicht verwechseln.

## Antrag L03.15.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 15 - 24

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~  
16 ~~Staaten unter dem Einfluss~~Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands zu halten: Indem  
~~versucht wird, autoritäre~~  
17 ~~Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu~~  
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~  
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der~~  
20 ~~geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche~~  
21 ~~Akteure gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären~~  
~~kämpfen, auch mit dem Mittel des~~  
22 ~~Krieges. Es wird deutlich~~die Ukraine; nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und  
USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Die russische Regierung unter Putin trägt  
die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings nicht ausblenden, dass~~Russland-~~  
~~eine imperialistische Politik verfolgt.~~  
23 ~~Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine~~  
24 ~~nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie~~dem ein Konflikt zwischen  
der NATO und Russland vorausging, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben,  
zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen  
vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische  
Friedensordnung zu organisieren. Der völkerrechtswidrige Krieg Putins macht auch die  
völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen und vergeben. Die NATO ist und bleibt ein  
Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Auch hier darf  
es keine Doppelstandards geben.

## Begründung

Es wird der notwendigen kritischen Analyse der Lage und ihrer Hintergründe nicht gerecht, wenn ausschließlich auf Russland abgehoben wird. Entwicklungen der internationalen Politik und die der Ukraine v.a. seit dem verfassungswidrigen Umsturz 2014 spielen eine zentrale Rolle. Zudem muss widersprochen werden, wenn öffentlich geredet wird, als sei dies der erste Krieg in Europa seit Ende des zweiten Weltkriegs und als habe nur oder v.a. Russland völkerrechtswidrige Kriege geführt. Die ersetzenden Textteile stammen aus dem Alternativantrag „Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung“.

## Antrag L03.015.6: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 15 - 19

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~  
16 ~~Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre~~  
17 ~~Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu~~  
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~  
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.~~ Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

### Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag L03.024.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 24

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen  
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre  
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu  
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen  
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie. Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um die Ukraine, nämlich ein

Machtkampf zwischen der NATO (der EU und USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dieser Krieg verdeutlicht, dass die innerimperialistischen Widersprüche wachsen und der Kampf um Einflussphasen schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird. Die Ausweitung des Krieges in weitere Regionen, die Einbeziehung der NATO und damit die Gefahr einer nuklearen Eskalation sind nicht auszuschließen. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes. Deeskalation ist das Gebot der Stunde; dieser Krieg muss umgehend beendet werden.

## Antrag L03.024.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 24

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen  
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre  
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu  
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen  
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphasen kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

Dennoch vergessen wir nicht die Ursachen des Krieges. Die Osterweiterung der EU und der NATO müssen als solche Ursachen klar benannt werden. Das aggressive Durchsetzen von ökonomischen und geopolitischen Interessen des Westens, verbunden mit dem Zurückdrängen Russlands - nach dem Ende der Sowjetunion - gehören zur Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine. Die Missachtung der Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Russlands legitimieren nicht den völkerrechtswidrigen Krieg, dennoch müssen sie für einen Waffenstillstand und dauerhaften Frieden beachtet werden.

### Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag L03.025.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 25 - 30

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht ~~und~~ der internationalen Solidarität  
26 und der Völkerverständigung verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des

- 27 Völkerrechts hin. Wir wollen die Völkerverständigung weiter ausbauen. Deshalb stehen wir an der  
Seite der Menschen, die sich gegen ~~autokratische-~~  
28 ~~Regime und~~ Diktaturen, gegen Krieg ~~und~~ Ausbeutung, Unterdrückung und Sklaverei wehren,  
dagegen kämpfen und sich für eine gerechte Welt soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in ihren  
Ländern einsetzen-  
29 ~~Diesen und nicht Staaten,~~ diese erkämpfen und verwirklichen und die sie verwirklicht haben. Den  
"Verdammten dieser Erde" gilt unsere ~~Loyalität~~ Solidarität und Unterstützung. Wir verteidigen die  
Menschenrechte,-  
30 ~~alle Menschenrechte an jedem Ort.~~

## Begründung

Konkretisierung der Aussagen. "Autokratische Regimes" sind gleichbedeutend mit Diktaturen und kann deshalb wegfallen. Der Begriff Loyalität beschreibt eine Hierarchiesituation, die es im Kontext internationaler Solidarität nicht geben kann und ist klar abzulehnen. Insbesondere die Aussage "Alle Menschenrechte an jedem Ort" wäre eine Selbstüberforderung unserer Partei oder müsste weiter konkretisiert werden, was wir hier getan haben. Gerne mehr mündlich dazu.

## Antrag L03.026.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

### Antragsteller\*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 26 - 27

- 25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität  
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir ~~nehmen keine Verletzung des~~  
27 ~~Völkerrechts hin. Wir~~ stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische  
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.  
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,  
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

## Begründung

Das Völkerrecht ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Daher sind wir ihm verpflichtet (Zeile 26). Aber es steht in bestimmten Fällen mit der Verteidigung der Menschenrechte im Konflikt (Zeile 30). Solche Situationen muss man im Einzelfall entscheiden. Sonst kommt man in Situationen wie in Ruanda (Genozide) oder Syrien (Einsatz von Giftgas gegen die Bevölkerung), wo die Berufung auf das Völkerrecht (und den Grundsatz der Nichteinmischung) mitunter dazu dient, nichts gegen die massive Verletzung der Menschenrechte (die wir an jedem Ort verteidigen wollen) zu unternehmen.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)

Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)

Elke Breitenbach (Berlin Pankow)

Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))

Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg )

Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.027.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 27 - 28

- 25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität  
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des  
27 Völkerrechts hin. ~~Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische-~~  
28 ~~Regime und Diktaturen, gegen~~ Unsere allgemeine Haltung geht von den friedenspolitischen  
Grundsätzen aus. Kriege sind darin die eskalativste Form der Gewaltanwendung, die unmittelbar  
Leid, Tod und Zerstörung hervorbringen. Diese Art der Politik lehnen wir ab! Wir setzen entgegen  
den kapitalistischen Wolfsgesetzen auf Zusammenarbeit, Dialog und Kooperation. Deshalb setzen  
wir uns ein für Frieden, soziale Gleichheit und für die Erhaltung der Natur statt Konkurrenz, Krieg  
und Ausbeutung für eine gerechte Welt einzusetzen. ~~Umweltzerstörung.~~  
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,  
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

### Begründung

Das Messen von zweierlei Maß ist nicht richtig, weshalb unsere grundsätzliche Haltung gestärkt gehört. Das Wording von „autokratischen Regime und Diktaturen“ verharmlost die Kriegsverbrechen z.B. im Irak, die von der vermeintlichen Demokratie der USA über 500.000 Tote gekostet hat. Demokratien waren es, die Jugoslawien gebombt haben, den faschistischen Putsch in Chile unterstützt haben, Syrien plattgebombt haben – und es massiv verweigern Geflüchtete aufzunehmen. Es ist kein Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien, sondern ein Konflikt zwischen Klassen, zwischen unten und oben, der ebenso in den USA geführt wird wie wir als LINKE diesen Konflikt auch in der BRD führen.

## Antrag L03.027.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 27 - 28

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität  
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des  
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen ~~autokratische-~~  
28 ~~Regime und Diktaturen~~ Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte, gegen Krieg und  
Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.  
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,  
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

## Begründung

Wir wenden uns gegen Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte überall, nicht nur in (vom Westen so bezeichneten) autoritären Regimen und Diktaturen. Die Hauptaufgabe liegt dabei immer im eigenen Land. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass der Einsatz für Menschenrecht und Demokratie instrumentalisiert wird für geopolitisch begründete Politik gegen bestimmte Staaten.

## Antrag L03.029.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	AG Cuba sí
--------------------------	------------

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 29

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität  
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des  
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische  
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.  
29 Diesen ~~und nicht Staaten~~ gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,  
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

## Begründung

Eine pauschale Negierung von Solidarität mit Regierungen und Staaten halten wir für falsch. Unter welchen Bedingungen sich DIE LINKE auch mit Regierungen und Staaten solidarisch zeigen sollte, haben wir im Antrag L03-03-Ä37: Änderungsantrag zu L03-03 dargelegt ("Im Zentrum der internationalistischen Solidarität der LINKEN stehen der Mensch und die Würde des Menschen. Zugleich ist DIE LINKE solidarisch mit allen Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen sowie Staaten auf der ganzen Welt, die sich für Frieden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, solidarische Wirtschaftsbeziehungen und gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Armut sowie Ausbeutung von Mensch und Natur einsetzen und versuchen in ihren Ländern gesellschaftspolitische Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln.")

## Antrag L03.031.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Marburg-Biedenkopf
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 31 - 33

31 Zur Beendigung des ~~russischen~~ Krieges ~~gegen die Ukraine fordern wir einen sofortigen~~  
32 ~~Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des vollständigen Rückzugs russischer~~  
33 ~~Truppen aus~~ in der Ukraine ist Deeskalation, Abrüstung und Diplomatie notwendig. Alle  
Kampfhandlungen, Waffenlieferungen, Ausbildungsmissionen und auch Sanktionen müssen  
gestoppt werden.

### Zeile 34 - 40

34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten~~  
35 ~~erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des~~  
36 ~~Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.~~  
37 Die ~~Bundesregierung muss ihrer Verantwortung~~ Ukraine zusammen mit Finnland, Schweden  
38 etc. muss zur entmilitarisierten und blockfreien Zone verhandelt werden als Brückenstaat  
39 zwischen Ost und West. Diese muss Hilfen von der Weltgemeinschaft erhalten, um  
40 Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zivile Infrastruktur und Sozialprogramme massiv auszuweiten.  
Statt Rüstung, Waffen und Krieg müssen die zivilisatorischen Katastrophen (soziale  
Ungleichheit, Naturzerstörung, Geschlechtergerechtigkeit und Krieg) aufgehalten werden durch  
gigantische Investitionen. Nur so kann eine „Solidarität mit der Ukraine“ wirklich aussehen. Es  
gibt keine Notwendigkeit für ~~das Einfrieren von diesen~~  
Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
erschwert, ist dringend notwendig eine militärische Intervention. Im Gegenteil muss die Logik  
des Militarismus beendet werden, damit zivile, demokratische und diplomatische Strukturen  
und Initiativen, insbesondere in und mit der UN, entwickelt und gestärkt werden.

### Begründung

1. Für Frieden sind alle Formen kriegerischer Auseinandersetzung zu beenden - dazu gehören auch Deutsche Waffenlieferungen wie auch Ausbildungsmissionen.
2. Statt der Logik des Militarismus und der gewaltvollen Konfliktlösung (z.B. auch mit sogenannten Sanktionen) ist die Logik des Friedens und der demokratischen Entwicklung voranzubringen.
3. Ausländische Militärstützpunkte müssen weg

## Antrag L03.03 1.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

#### Antragsteller\*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 31 - 33

31 Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir ~~einen sofortigen~~  
32 ~~Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des~~ den vollständigen ~~Rückzugs~~ Rückzug  
russischer  
33 ~~Truppen aus der Ukraine-~~ und einen entsprechenden Waffenstillstand, der den Weg zu ernsthaften  
Friedensverhandlungen freimacht. Ein stabiler Friede ist nur zu erreichen, wenn die territoriale  
Integrität und Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird, die legitimen  
Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation und Rechte nationaler Minderheiten  
angemessen berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer

Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und Völkerrecht mit möglichst zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen Logik stark macht - ohne gegenüber brutaler Gewalt klein bei zu geben. Wir unterstützen den Widerstand gegen Diktatur und Krieg!

## **Begründung**

Um zu wirklichen Friedensverhandlungen zu kommen, braucht es den Rückzug russischer Truppen und einen Waffenstillstand. Im Unterschied zum Leitantrag präzisieren wir, auf welchen Prämissen eine Friedenslösung basieren sollte.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)

Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland) Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Wolfgang Freye

## **Antrag L03.033.1: Änderungsantrag zu L03-01**

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:**

KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 33

- 31 Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir einen sofortigen  
32 Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des vollständigen Rückzugs russischer  
33 Truppen aus der Ukraine. Wir erkennen das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstverteidigung gegen den russischen Angriff an. Es muss vermieden werden, durch Einmischung von außen einen atomaren Krieg zu provozieren.

### Begründung

Es sollte selbstverständlich sein, wenn wir uns die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee wünschen (Zeile 108), dass wir auch der Ukraine das Recht auf Verteidigung zustehen. Keine Waffenlieferungen könnte man sonst so lesen, dass wir der Ukraine dies absprechen. Auch könnte man so lesen, dass wir unsolidarisch mit der Ukraine sind, deshalb ist die Problematik von Waffenlieferungen zu benennen (Eskalation, Ausweitung, falsche Hände).

## Antrag L03.034.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 34 - 35

- 34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten~~  
35 ~~erweitert werden.~~ Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des  
36 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.  
37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
40 erschwert, ist dringend notwendig.

### Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag L03.034.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 34 - 40

- 34 • Statt Rüstungsexporte und Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen  
35 nichtmilitärische Möglichkeiten

36 erweitert werden: Sanktionen müssen sich aktuell gegen die ökonomische Machtbasis des  
37 ~~Systems Putin, die~~ "Systems Putin", der Konzentration von Reichtum in den Händen weniger im  
38 heutigen Russland, richten.  
39 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
40 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
~~erschwer~~verboten, ist dringend notwendig.

## Begründung

mündlich

## Antrag L03.034.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 34

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, die eskalieren und in die falschen Hände geraten  
35 können, müssen nichtmilitärische Möglichkeiten  
36 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des  
37 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.  
38 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
39 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
40 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
erschwert, ist dringend notwendig.

## Begründung

Es sollte selbstverständlich sein, wenn wir uns die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee wünschen (Zeile 108), dass wir auch der Ukraine das Recht auf Verteidigung zustehen. Keine Waffenlieferungen könnte man sonst so lesen, dass wir der Ukraine dies absprechen. Auch könnte man so lesen, dass wir unsolidarisch mit der Ukraine sind, deshalb ist die Problematik von Waffenlieferungen zu benennen (Eskalation, Ausweitung, falsche Hände).

## Antrag L03.034.4: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 34 - 36

- 34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische~~ Alle nichtmilitärischen  
35 Möglichkeiten  
36 erweitert müssen konsequent genutzt werden: Sanktionen müssen sich gegen alle  
ökonomischen, technologischen, wissenschaftlichen, finanz-, und handelspolitischen

Fähigkeiten Russlands richten, die geeignet sind, dessen Kriegsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Sie müssen sich auch gegen die ökonomische und politische Machtbasis des Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, ~~richten~~, willfähriger Oligarchen, richten.

37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
40 erschwert, ist dringend notwendig.

## **Begründung**

Der Absatz im Leitantrag läuft im Wesentlichen auf eine Begrenzung von Sanktionen gegen Oligarchen hinaus. Wir halten dies für völlig unzureichend. Sanktionen müssen sich gegen die Kriegsfähigkeit Russlands und die ökonomische und politische Machtbasis des System Putin richten.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreuzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinckel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)

Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte) Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)

## Antrag L03.034.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 34 - 40

- 34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische~~Nichtmilitärische  
35 Möglichkeiten  
36 ~~erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des~~  
37 ~~Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.~~  
38 Die Bundesregierung muss der Ukraine in ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
39 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
40 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
erschwert, ist dringend notwendigVerteidigung beizustehen, müssen ausgeschöpft werden. Im  
Falle eines Angriffskrieges leisten wirtschaftliche Sanktionen einen Beitrag dazu, die  
Verhandlungsmacht gegenüber dem Aggressor zu erhöhen und so einen gerechten Frieden zu  
verhandeln. Dazu müssen diese Sanktionen konsequent den russischen Staat, die russische  
politische Elite und die kriegswichtigen Industrien treffen.

### Zeile 41 - 47

- 41 • ~~Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte~~Die  
42 Machtbasis des Systems Putin ist die Konzentration von Reichtum und politischer Macht in den  
43 Händen weniger. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung  
44 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die  
45 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass  
46 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den  
47 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt  
nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet  
wird.Einfrieren von diesen Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und  
europäischen Rahmen nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von  
Vermögen erschwert, ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen  
Finanzregisters, wie zum Beispiel von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig.

### Zeile 48 - 49

- 48 • ~~Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von~~  
49 ~~Thomas Piketty gefordert,~~Exportverbote von für die russische Rüstungsindustrie relevanten  
Gütern bedeuten weniger Waffen. Dies schließt Exportverbote für Dual-Use Güter, welche für  
militärische und zivile Nutzung verwendbar sind, ein. Ebenso ist notwendig und überfällig das  
Einfrieren russischer Staatsguthaben bei nichtrussischen Banken für die Dauer des Krieges ein  
effizientes Mittel, den Import von Waffensystem und rüstungsrelevanten Gütern finanziell und  
logistisch zu erschweren. Dafür muss die Bundesregierung diplomatisch auch außerhalb der an  
den existierenden Sanktionen beteiligten Staaten werben.

## Antrag L03.035.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:**

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP  
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 35 - 40

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten  
35 erweitert werden: ~~Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des~~  
36 ~~Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.~~  
37 ~~Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen~~  
38 ~~Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen Deeskalation und europäischen Rahmen-~~  
39  
40 ~~nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen-~~  
~~erschwert, ist dringend notwendig diplomatische Verhandlungen sind der einzige Weg zum~~  
Frieden.

#### Begründung

Sanktionen sind Teil der Kriegslogik – nur Frieden schafft Frieden.

### Antrag L03.040. 1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:**

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 40

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten  
35 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des  
36 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.  
37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
40 erschwert, ist dringend notwendig.
- Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen den russischen Angriff. Unsere besondere Solidarität gilt dabei insbesondere der besonders marginalisierten ukrainischen Linken. Wir unterstützen direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams und der Sabotage in den russisch besetzten Gebieten.
  - Wir schließen uns den Forderungen nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine an, um einen Wiederaufbau nach dem Krieg zu ermöglichen und die Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber\*innen zu verringern.

#### Begründung

In dem Antrag kommt aus unserer Sicht zu kurz, dass Ukrainer\*innen auch handelnde Subjekte und nicht nur Spielbälle geopolitischer Konflikte sind. Durch diese Formulierung wollen wir unsere Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand deutlich machen und dabei nicht-militärische Formen des

Widerstands besonders in den Fokus nehmen. Zusätzlich wollen wir die Forderung der ukrainischen Linken nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine unterstützen.

## Antrag L03.041.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 41 - 47

- 41 • ~~Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte~~  
42 ~~für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die~~  
43 ~~Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass~~  
44 ~~sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den~~  
45 ~~Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt~~  
46 ~~nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet~~  
47 ~~wird.~~

### Zeile 51 - 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die ~~Möglichkeiten, den Import von~~  
52 ~~fossilen Energieträgern aus Russland~~ Finanzierung von Putins Regime durch Energieimporte  
53 muss schnellstmöglich ~~stärker einzuschränken,~~  
54 ~~müssen ausgenutzt werden. Dies, beim Erdöl spätestens bis Ende des Jahres, gestoppt werden.~~  
55 Die Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einem sozioökonomischen  
56 Absturz in den betroffenen Regionen kommt. Außerdem darf jedoch es nicht zu einer  
57 Verlängerung ~~des~~  
Kohleabbaus ~~von Kohleabbau und -nutzung~~ in Deutschland oder einer Renaissance der  
Atomkraft führen.  
Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom  
und Heizung sowie Benzin auch für alle bezahlbar sind. ~~Dafür~~ Wir fordern 100 Milliarden für  
sozial-ökologische Energiesicherheit statt für Aufrüstung! Damit wollen wir in den nächsten vier  
Jahren Mittel für den Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV, Sanierungen im  
Gebäudebereich, für einen Energiepreisdeckel, Stärkung ökologischer Stadtwerke, der  
Rekommunalisierung der Netze und den Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellen. Das hilft  
die europäischen Demokratien und ihre Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen  
Diktaturen zu machen. So schaffen wir nachhaltige Sicherheit durch einen sozial-ökologischen  
Umbau. Das Geld dafür ist da: Mineralölkonzerne wie Shell haben ~~wir~~ ihren Gewinn um mehr als  
LINKE klare  
Vorschläge eingebracht 100% gesteigert. Sie müssen zur Kasse gebeten werden, unter anderem  
durch eine Kriegsgewinnsteuer.

### Begründung

Dieser Absatz ist hochproblematisch, weil er faktisch allen bisher getroffenen Sanktionen gegen Russland eine Absage erteilt. Er würde damit ein völlig falsches und auch widersprüchliches Signal aussenden. Die Aussage, dass sich große Teile der russischen Bevölkerung aufgrund der Sanktionen mit dem Krieg Putins solidarisieren würden, verkennt, dass es diese Unterstützung leider schon länger und völlig unabhängig von Sanktionen gibt.

## **weitere Antragsteller\*innen**

### Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin) Fahbi  
Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

### Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte) Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)

Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Hans-Joachim Wenk (ausgetreten)  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin) Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf) Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Johannes Dilger (Freiburg)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)

Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke) Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.042.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:**

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 42 - 47

- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte  
42 für die ~~einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die gesamte~~  
43 Bevölkerung in Russland.  
44 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, ~~dazu führen, dass~~

45 dazu, dass sich vermutlich große Teile der ~~russischen~~ Bevölkerung mit der Putin-Regierung  
46 gegen „den  
47 ~~Westen~~“ die gegen Russland agierenden westlichen Machtzentren solidarisieren. Das  
~~schwächt~~kann oppositionelle Kräfte in Russland weiter schwächen und führt  
nicht dazu, dass ~~in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet~~  
~~wird.~~ sie innenpolitisch mit der Forderung an Putin lauter werden kann, den Krieg gegen die  
Ukraine zu beenden.

## Begründung

Der Begriff gesamte Bevölkerung ist diskriminierungsfrei. Der Fokus sollte hier im Kern auf die Bewegung gegen den Krieg in Russland selbst gerichtet werden. Ansonsten unkonkrete Aussagen in ihrer Wirkung. Die Opposition in Russland gegen den Krieg ist ohnehin schon sehr schwach.

## Antrag L03.044.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 44 - 47

- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte  
42 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die  
43 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass  
44 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit ~~der Putin-Regierung~~ dem Putin-Regime gegen  
45 „den  
46 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt  
47 nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet  
wird. - Putin muss weg!

## Begründung

Wenn man es einmal Regime nennt, sollte man es auch so beibehalten.  
Eine 100-prozentig klare Positionierung zu Putin durch DIE LINKE ist nötig.

## Antrag L03.048.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 47

- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte  
42 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die  
43 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass  
44 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den  
45 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt

46 nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet  
47 wird.

- Wir lehnen Wirtschaftssanktionen als ökonomische Kriegsführung gegen die Bevölkerung ab, die nicht die Herrschenden trifft und fordern LINKE-Abgeordnete auf, diesen nicht zuzustimmen.

## Antrag L03.048.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 49

- 48 • Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von  
49 Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht es ein ein zentrales, transparentes Immobilienregister.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)

Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreuzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland )  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)

Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf) Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Karin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)

Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.050.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 50 - 54

- 50 • Wir wollen ~~Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in-~~  
51 ~~Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import~~Unabhängigkeit  
52 von  
53 fossilen ~~Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,-~~  
54 ~~müssen ausgenutzt werden.~~Energien und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien weltweit  
deutlich beschleunigen. Dies ~~darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des~~  
~~Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.~~gelingt nur durch  
internationale Kooperation.  
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom  
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare  
57 Vorschläge eingebracht.

### Begründung

Wir wollen auch keine Abhängigkeit von den USA, Katar usw., sondern wirkliche ökologische und soziale Entwicklung.

## Antrag L03.051.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Hessen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 51 - 55

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. ~~Die Möglichkeiten, den Import von~~  
52 ~~fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,-~~  
53 ~~müssen ausgenutzt werden.~~Dazu gehört auch eine Drosselung der Importe fossiler  
54 Energieträger. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des

55 Kohleabbau in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.  
Auch den Import von umweltschädlichem Fracking-Gas lehnen wir ab. Preissteigerungen für  
56 Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom  
und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare  
57 Vorschläge eingebracht.

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag L03.05 1.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 51 - 57

50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die ~~Möglichkeiten, den Import von~~  
52 ~~fossilen Energieträgern aus Russland~~ Finanzierung von Putins Regime durch Energieimporte  
53 muss schnellstmöglich ~~stärker einzuschränken,~~  
54 ~~müssen ausgenutzt werden. Dies,~~ beim Erdöl spätestens bis Ende des Jahres, gestoppt werden.  
55 Die Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einem sozioökonomischen  
Absturz in den betroffenen Regionen kommt. Außerdem darf ~~jedoch~~es nicht zu einer  
56 Verlängerung ~~des~~  
57 ~~Kohleabbaus~~ von Kohleabbau und -nutzung in Deutschland oder einer Renaissance der  
Atomkraft führen.

Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom und Heizung sowie Benzin auch für alle bezahlbar sind. ~~Dafür~~ Wir fordern 100 Milliarden für sozial-ökologische Energiesicherheit statt für Aufrüstung! Damit wollen wir in den nächsten vier Jahren Mittel für den Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV, Sanierungen im Gebäudebereich, für einen Energiepreisdeckel, Stärkung ökologischer Stadtwerke, der Rekommunalisierung der Netze und den Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellen. Das hilft die europäischen Demokratien und ihre Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen. So schaffen wir nachhaltig Sicherheit durch einen sozial-ökologischen Umbau. Das Geld dafür ist da: Mineralölkonzerne wie Shell haben ~~wir~~ ihren Gewinn um mehr als ~~LINKE klare~~ Vorschläge eingebracht 100% gesteigert. Sie müssen zur Kasse gebeten werden, unter anderem durch eine Kriegsgewinnsteuer.

## Begründung

Wir konkretisieren hier die Aussage des Leitantrages, dass der Import fossiler Energieträger aus Russland schnellstmöglich stärker eingeschränkt werden muss. Beim Erdöl ist dies bis Ende des Jahres möglich, was Russlands Staatseinnahmen erheblich treffen würde, da dies Russland aufgrund fehlender Transportkapazitäten nicht ohne weiteres durch Exporte in andere Länder kompensieren kann. Wir finden es auch besser, nicht nur auf Vorschläge zu verweisen, sondern diese hier auch klar auszuführen. Ganz wichtig sind in diesem Zusammen das sozial-ökologische Sondervermögen für Energiesicherheit sowie die Übergewinnsteuer.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (fds) Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen) Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK) Pico Schmidt (Kreisverband)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)

Luca Renner (KV Oberhavel)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Johannes Dilger (Freiburg)

Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)

Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.055.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 55

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von  
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,  
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des  
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
- 55 Das von der EU-Kommission geforderte Embargo von russischem Öl und Gas lehnt DIE LINKE  
ab, weil dies den Krieg absehbar nicht behindern wird, aber mit massiven Schäden für die  
Umwelt und die Wirtschaft und erheblichen Kosten für die Menschen (nicht nur) in Deutschland  
verbunden wäre. Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass  
Strom  
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare  
57 Vorschläge eingebracht.

### Begründung

Weitergehende Erläuterungen siehe Begründung zu Antrag G09, Antragsheft 2, S. 29ff.

## Antrag L03.056.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 56 - 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von  
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,  
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des  
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.  
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom

56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Die gegenwärtigen Rekordgewinne im Geschäft mit  
57 Öl und Gas müssen abgeschöpft werden. Dafür haben wir als LINKE klare  
Vorschläge eingebracht.

- Preisdeckel für Gasimporte: Zwischen 2015 und 2020 lag der Gaspreis bei durchschnittlich 16 Euro pro Megawattstunde, gegenwärtig bei rund 100 Euro. Die gestiegenen Gaspreise führen zu Rekorderlösen bei Russland und treiben gleichzeitig die Inflation in den importierenden Ländern an. Die Lieferung russischen Gas ist jedoch an Pipelines gebunden, Lieferströme können deshalb nicht umgelenkt werden. Die Nachfragemacht der EU kann zur Deckelung des Gaspreises genutzt werden. Wir fordern: eine Deckelung des Abnahmepreises auf das Vorkriegsniveau - das trifft Putins Kriegskasse und dämpft den Preisanstieg für Verbraucher\*innen und Industrie hierzulande.

## Antrag L03.057.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 57

50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von  
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,  
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des  
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.  
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom  
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare  
57 Vorschläge eingebracht.

- Für den Machtkampf um die Ukraine müssen die Menschen auf der ganzen Welt einen hohen Preis zahlen. Die Menschen in der Ukraine werden getötet und vertrieben, aber auch die Bevölkerung Russlands leidet unter wirtschaftlichen Einschränkungen, die ausbleibenden Weizenlieferungen verschärfen die Hungersnöte und die höheren Heiz-, Lebensmittel- und Transportkosten in Deutschland treffen v.a. die finanzschwachen Menschen.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L03.058.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 58 - 59

- 58 • Russland ist mehr als Putin! Auch in dieser Situation Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl  
59 unabhängiger Staaten, die das Recht haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden.  
Trotz der russischen Aggression gegen die Ukraine wollen wir  
60 zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen weiter in all diese Länder  
61 erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir  
62 wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten  
63 und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen  
64 osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen  
Russ\*innen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte gegen Putin.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinckel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Hans-Joachim Wenk (ausgetreten)  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)

Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Johannes Dilger (Freiburg)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow )  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städtereion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)

Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.063.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BV Treptow-Köpenick

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 63 - 64

- 58 • Russland ist mehr als Putin! Auch in dieser Situation wollen wir  
59 zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen weiter  
60 erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir  
61 wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten  
62 und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen  
63 osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir ~~stehen gegen Stimmungsmache gegen~~  
64 ~~Russ\*innen hierzulande und~~ stellen uns gegen jeglichen anti-slawischen Rassismus. Menschen  
aus allen ehemaligen Sowjetrepubliken sind Teil unserer Gesellschaft. Niemand darf aufgrund  
seiner Sprache pauschal für den Krieg verantwortlich gemacht werden. Wir unterstützen  
progressive Kräfte gegen Putin.

### Begründung

Mit der ursprünglichen Formulierung, dass Stimmungsmache gegen Russ\*innen hierzulande betrieben werde, wird der Antrag leider der Komplexität des Themas nicht gerecht. Es werden nicht nur "Russ\*innen" angegriffen, sondern vielmehr als Russ\*innen gelesene Menschen. Diese können russischsprechende Deutsche, die in Kasachstan geboren worden sind, sein, aber eben auch russische Staatsbürger\*innen, aber auch russischsprechende geflohene Ukrainer\*innen. Deshalb sollte die Formulierung aus der Erklärung von Partei und Bundestagsfraktion vom 8. Mai genutzt werden, die der Komplexität des Phänomens Rechnung trägt. Des Weiteren wird so auch der anti-slawische Rassismus als Problem klar benannt.

## Antrag L03.065.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 65 - 72

- 65 • Geflüchtete, egal welcher Herkunft, müssen schneller und unbürokratischer aufgenommen  
66 werden. ~~Wir unterscheiden nicht-~~  
67 ~~zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: Menschenrechte sind-~~  
68 ~~unteilbar. Die Geflüchteten sollen in unserer Gesellschaft schnell ankommen-~~  
69 ~~können und schnell in dezentrale Unterbringung und~~ Dass dieses möglich ist, sieht man an  
70 ~~Arbeitsmöglichkeiten-~~

71 ~~kommen. Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen müssen Asyl bekommen.~~  
72 ~~Durch den Krieg gegen die Ukraine mussten und müssen so viele Menschen fliehen~~  
~~wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die vorbildhaften Umgang mit den~~  
~~Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Regelungen müssen für alle Geflüchteten gelten. So soll~~  
~~Geflüchteten das Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht~~  
~~werden und Arbeitsmöglichkeiten bekommen. Damit dies überall gelingt, sollen die Kosten~~  
~~müssen~~ innerhalb  
der EU gerecht verteilt werden. Auch Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen  
müssen Asyl bekommen.

## Begründung

DIE LINKE muss sich ganz klar von einer Zwei-Klassen-Geflüchteten-Politik distanzieren. Wir sind unteilbar solidarisch mit allen Menschen.

## Antrag L03.066.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 66 - 72

65 • Geflüchtete müssen schneller aufgenommen werden. Wir unterscheiden nicht  
66 zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: ~~Menschenrechte sind~~ Das  
67 Menschenrecht auf Asyl ist  
68 unteilbar. ~~Die~~ Das bedeutet für uns, dass alle Geflüchteten unabhängig von ihrem Status  
69 unverzüglich das Recht auf die Regelleistungen aus dem SGB II erhalten müssen. Das  
70 Asylbewerber\*innenleistungsgesetz gehört sofort abgeschafft, denn: Kriegsflüchtlinge sind alle  
71 gleich, ob aus der Ukraine oder einem anderen Teil der Welt. Alle Geflüchteten sollen in unserer  
72 Gesellschaft schnell ankommen  
können und schnell in dezentrale ~~Unterbringung und an~~ Wohnprojekte und Zugang zu  
Arbeitsmöglichkeiten  
kommen. Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen müssen ~~Asyl bekommen.~~  
gleichermaßen das Recht auf Asyl wie Kriegsflüchtlinge erhalten.  
Durch den Krieg gegen die Ukraine ~~mussten und müssen so viele Menschen~~ fliehen  
so viele Menschen wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die Kosten müssen  
innerhalb  
der EU gerecht verteilt und von allen Mitgliedsstaaten getragen werden.

## Begründung

Es geht uns darum, die unteilbaren Menschenrechte zu konkretisieren und für die andauernde Situation zu präzisieren, um allen Geflüchteten Gleichbehandlung zu Teil werden zu lassen, inklusive der Desserteur\*innen. Ukrainische Geflüchtete erhalten bekanntlich unverzüglich das Recht auf die RL aus dem SGB II.

## Antrag L03.072.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 72

- 65 • Geflüchtete müssen schneller aufgenommen werden. Wir unterscheiden nicht  
66 zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: Menschenrechte sind  
67 unteilbar. Die Geflüchteten sollen in unserer Gesellschaft schnell ankommen  
68 können und schnell in dezentrale Unterbringung und an Arbeitsmöglichkeiten  
69 kommen. Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen müssen Asyl bekommen.  
70 Durch den Krieg gegen die Ukraine mussten und müssen so viele Menschen fliehen  
71 wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die Kosten müssen innerhalb  
72 der EU gerecht verteilt werden.
- Wir fordern dazu auf, den Rassismus gegenüber den Einreisewilligen an den Grenzen zu Belarus und Ukraine zu beenden. Wir fordern die europäischen Nachbarländer auf, an den Grenzen vorbehaltlos alle Menschen passieren zu lassen, gleich welcher Hautfarbe.

#### Begründung

Flüchtlinge werden an den Grenzen und auch nach der Einreise in ein sicheres Land nach wie vor ungleich behandelt. Der Erfolg, einem Krieg und damit der Gefährdung des eigenen Lebens zu entkommen, darf weder von Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung noch von Staatsangehörigkeit abhängen.

### Antrag L03.073.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

BV Treptow-Köpenick

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 73

- 73 • Die Ukraine war bereits vor dem Angriff Russlands das ärmste Land Europas. Um die soziale  
74 Lage der Menschen in der Ukraine nach dem Krieg zu verbessern, unterstützen wir die  
Forderung von ukrainischen Linken nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine. Des Weiteren  
unterstützen wir die ukrainische Linke und Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf gegen die  
neoliberale Reform des Arbeitsrechts auch und gerade in Kriegszeiten. Wir stehen an der Seite  
all derer, die für eine sozial gerechte Entwicklung der Ukraine streiten - ihnen gilt unsere  
Solidarität!
- Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen.

#### Begründung

In dem Leitantrag werden viele wichtige Punkte einer LINKEN Außenpolitik benannt und diskutiert.

Jedoch fehlt die soziale Frage in den Antworten auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. DIE LINKE sollte sich der Kampagne ukrainischer Linker, die zum Beispiel von unserer Schwesterpartei Left Alliance aus Finnland unterstützt wird, anschließen und einen Schuldenschnitt für die Ukraine fordern (<https://www.cancel-ukrainian-debt.org/>). Ebenso sollte die ukrainische Linke und Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf gegen die weitere neoliberale Reformierung des Arbeitsrechts gerade auch in Kriegszeiten unterstützt werden ([https://www.opendemocracy.net/en/odr/ukraines-new-labour-law-wartime/?fbclid=IwAR01T9wFs7wjrrlqPqGfhjxWJB5\\_Mc10M\\_mlgaZyzfsg1wWUs9tpNfSaTgg](https://www.opendemocracy.net/en/odr/ukraines-new-labour-law-wartime/?fbclid=IwAR01T9wFs7wjrrlqPqGfhjxWJB5_Mc10M_mlgaZyzfsg1wWUs9tpNfSaTgg)). Hier könnten zum Beispiel die Bundesregierung aufgefordert werden, im Rahmen von Hilfspaketen für die Ukraine auf den Stop dieser Reform hinzuwirken. Mit diesen Forderungen richten wir den Fokus auch auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit und einer Perspektive für die Mehrheit der Menschen in der Ukraine, die die anderen Parteien in Deutschland nicht im Blick haben.

## Antrag L03.074.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 74 - 77

- 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer  
74 ~~Weizenim~~Getreideexporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in  
75 großen Teilen Afrikas, obwohl weltweit genügend Getreide verfügbar ist. Die expansive  
76 Preisspekulation mit Getreide an den Warenterminbörsen verhindern ebenfalls dessen Import  
77 in viele Länder. Profitgierige Börsenspekulanten\*innen und Handelsgesellschaften sind hier die  
einzigsten Gewinner\*innen. Die Bundesregierung muss ~~Sondermittel für das UN-~~  
~~Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und~~ auf internationaler Ebene, in der UNO-  
Vollversammlung, umgehend eine Initiative ergreifen, um endlich  
wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen ~~zu können.~~ Dies gehört auch zur  
Unteilbarkeit der Menschenrechte - des Menschenrechtes auf das eigene Leben!

### Begründung

mündlich und: Die Forderung nach Sondermitteln für die UN durch die BRg. ist der falsche Weg, weil er erneut die Spekulanten\*innen an den Warenterminbörsen weiter begünstigt und nicht die explodierenden Preise infrage stellt.

## Antrag L03.077.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 77

- 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer  
74 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in  
75 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-  
76 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich

77 wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen.

### **Internationale Solidarität konkret machen!**

Als sozialistische Partei wollen wir dabei auch Formen internationaler Solidarität entwickeln, die über Appelle an den deutschen Staat hinausgehen. Neben Formen des direkten Widerstands hier in Deutschland, bspw. in Form von zivilem Ungehorsam oder Streiks gegen Unterstützung von unterdrückerischen Regimen, wollen wir Formen der materiellen Solidarität mit Linken auf der ganzen Welt entwickeln.

Als ersten Schritt dazu wird der Parteivorstand eine Spendenkampagne in Solidarität mit linken Kräften in der Ukraine entwickeln, die Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg leisten, wie bspw. an die Organisationen "Operation Solidarity" und "Sotsialnyi Rukh"

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Antrag L03.077.2: Änderungsantrag zu L03-01**

Änderungsantrag zu L03-01

**Antragsteller\*in:** KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### **Zeile 77**

- 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer  
74 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in  
75 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-  
76 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich  
77 wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen. Darüber hinaus sollen weniger  
Flächen zur Tierfutterproduktion für die Massentierhaltung verwendet werden dürfen.

### **Begründung**

Es darf nicht auf Kosten des Naturschutz gehen, wenn wir unsere Flächen ineffizient nutzen.

## **Antrag L03.078.1: Änderungsantrag zu L03-02**

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### **Zeile 78**

- 78 ~~Keine Aufrüstung~~ **Abrüstung** ins Grundgesetz

### **Begründung**

Der Begriff Abrüstung muss permannet von uns als Friedens- und Abrüstungspartei als Priorität benannt werden und betonen was wir wollen und nicht, was wir nicht wollen.

## Antrag L03.080.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:**

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP  
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 80

79 Im Windschatten des Entsetzens über den Krieg betreibt die Bundesregierung eine  
80 Politik, in der die Solidarität ~~der Menschen~~ mit den Menschen in der Ukraine für ein gigantisches  
81 Aufrüstungsprogramm missbraucht wird. Mit dieser Explosion der Rüstungsausgaben ist  
82 aber weder den Menschen in der Ukraine geholfen, noch werden damit Frieden und  
83 Sicherheit geschaffen, einzig die Rüstungskonzerne profitieren.

### Begründung

„Linke Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen...“ (s. Zeile 242-243)

## Antrag L03.084.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:**

LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 84

84 Mit dem „~~Sondervermögen~~„Sondervermögen“ für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird  
das von der  
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,  
86 übererfüllt. Der von der Bundesregierung verkündete Kurswechsel bedeutet nicht nur  
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer  
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der  
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,  
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird.

### Begründung

redaktionell

## Antrag L03.084.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:**

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 84 - 90

84 Mit dem „~~Sondervermögen~~ beschlossenen „Sondervermögen“ für die Bundeswehr von 100  
Milliarden Euro wird das ~~von der~~  
in der NATO ~~geforderte~~ ohne rechtsverbindlichen Vertrag vereinbarte Ziel, 2 Prozent des jährlich  
steigenden Bruttoinlandsproduktes für ~~Rüstung~~ die weitere Aufrüstung auszugeben,  
86 ~~übererfüllt~~ völlig entgrenzt. Der von der Bundesregierung verkündete und gesetzgeberisch  
umgesetzte Kurswechsel bedeutet nicht nur  
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf ~~gegen~~ für den Klimaschutz und sozialer  
88 Sicherheit hin ~~zum~~ zu immer mehr Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der  
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des ~~Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,~~  
„Sondervermögens“ (im Klartext: weitere Schulden) im Grundgesetz bedeutet,  
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird. Hochrüstung und Militarisierung können aber kein  
Verfassungsziel sein! Das widerspricht dem Sinn des Grundgesetzes. Wir fordern statt dessen  
Abrüstung als Verfassungsziel im Grundgesetz. Wir schlagen der Friedensbewegung und allen  
Gewerkschaften und Sozialverbänden vor, dafür eine gemeinsame Initiative zu entwickeln und  
umzusetzen.

## Begründung

mündlich

## Antrag L03.086.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:**

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP  
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 86

84 Mit dem „Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das von der  
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,  
86 übererfüllt. ~~Der~~ ie von der Bundesregierung verkündete ~~Kurswechsel~~ Verschärfung des  
militaristischen Kurses bedeutet nicht nur  
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer  
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der  
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,  
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird.

## Begründung

Die Aufrüstung ist nicht ganz neu – Abrüstung wäre ein richtiger Kurswechsel.

## Antrag L03.089.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:**

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP  
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

#### **Zeile 89 - 90**

84 Mit dem „Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das von der  
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,  
86 übererfüllt. Der von der Bundesregierung verkündete Kurswechsel bedeutet nicht nur  
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer  
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der  
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz ~~bedeutet,~~  
widerspricht dem Friedensgebot des Grundgesetzes und bedeutet,  
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird. Das ist zu verhindern!

#### **Begründung**

Die Verfassungsänderung ist verfassungswidrig und muss verhindert werden – zugunsten eines Sozial- und Rechtsstaats, der den Namen verdient.

## **Antrag L03.091.1: Änderungsantrag zu L03-02**

Änderungsantrag zu L03-02

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

#### **Zeile 91 - 97**

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. ~~In ihren~~  
92 ~~Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung~~  
93 ~~versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie~~  
94 ~~„Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard~~  
95 ~~Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes~~  
96 ~~Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung~~  
97 ~~Militarisierung und Krieg auf die Bühne.~~

#### **Begründung**

Wir sollten uns in diesem Text nicht mehr mit der Politik konkurrierender Parteien auseinandersetzen, sondern unsere Positionen festlegen.

#### **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick )  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte )  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)

Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)

Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.09 1.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 91 - 97

- 91 ~~Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren~~  
92 ~~Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung-~~  
93 ~~versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie~~  
94 ~~„Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard-~~  
95 ~~Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler Dieser fundamentale, irrtümlich~~  
~~als erstes großes~~  
96 ~~Politikprojekt „Zeitenwende“ bezeichnete Kurswechsel wurde ohne gesellschaftliche Debatte~~  
~~verkündet. In ihren Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für~~  
~~die Entwicklungszusammenarbeit versprochen. Ihre langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz~~  
~~von Waffensystemen wie „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien nun über Bord~~  
~~geworfen. Nach 1998 unter der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer tritt auch die nächste~~  
~~Regierung mit einem SPD-Kanzler und grünen Vizekanzler zu allererst mit einer Verschiebung der~~  
~~deutschen Politik in Richtung~~  
~~zu einer nachhaltig verstärkten Militarisierung und Kriegerweiterter Kriegsführungsfähigkeit~~  
~~Deutschlands auf die Bühne(Welt-)Bühne.~~

### Begründung

Aussagekraft verstärken und: Es handelt sich bei der vollzogenen GG-Änderung und den Haushaltsbeschlüssen am 3.6. 2022 nicht um ein "erstes Pilotprojekt", sondern um eine Hochrüstungsoffensive der Ampelkoalition. Das Pilotprojekt zu nennen, wäre eine Verharmlosung.

## Antrag L03.092.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 92

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren  
92 Wahlprogrammen hatten SPD und [Grüne Bündnis 90](#) noch Abrüstung und mehr Geld für  
Entwicklung  
93 versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie  
94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard  
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes  
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung  
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne.

### Begründung

Eine Stärkung der Waffenindustrie, Ölbohrungen im Watt, Abstandsregeln für Windkraftträder, Deals mit Katar, nicht einmal ein Tempolimit und grundsätzlich eine Politik, die das Pariser Abkommen brechen wird, entsprechen nicht dem, was grüne Politik ausmacht. Wir machen bei dem falschen Marketing nicht mehr mit. Greenwashing ganzer Parteien finden wir unmoralisch, unehrlich und vor allem verantwortungslos, wo wir so dringend echten Klimaschutz brauchen.

## Antrag L03.093.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 93

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren  
92 Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung  
93 versprochen. [Jetzt unterwerfen sie sich der CDU und FDP.](#) Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem  
Einsatz von Waffensystemen wie  
94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard  
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes  
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung  
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne.

### Begründung

Konservative und Liberale sind die Scharfmacher, Opportunisten sind Möglichmacher.

## Antrag L03.097.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 97

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren  
92 Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung  
93 versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie  
94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard  
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes  
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung  
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne. Damit wird eine militarisierte Politik Deutschlands festgeschrieben. Innenpolitisch werden finanzielle Mittel gebunden, die für Klima- und Sozialpolitik sowie den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur dringend gebraucht würden.

### Begründung

Begründung erfolgt mündlich

## Antrag L03.098.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 101 - 104

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu  
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60  
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für  
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). ~~Das genügt nicht,~~  
102 ~~um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5-~~  
103 ~~Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter-~~  
104 ~~Abrüstung!~~

### Begründung

Erfolgt mündlich.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)

Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)

Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.99.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 99 - 103

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu  
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst aktuell 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60  
100 Prozent der weltweiten ~~(!)~~-Militärausgaben. ~~Die EU-Staaten geben viermal so viel für~~  
101 ~~Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,~~  
102 ~~um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen~~Durch das  
verabredete zwei-Prozentziel aller Nato-Mitgliedstaaten wird auch der Zusammenhang von Nato-  
Mitgliedschaft und nationaler Haushaltspolitik und erweiterter Kriegsführungsfähigkeit deutlich  
sichtbar. Deshalb bleibt es richtig, dass wir die (langfristige) Auflösung der Nato fordern. Die EU-  
Staaten geben viermal so viel für Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden  
Dollar). Auch 1,5  
103 ~~Billionen Dollar~~Billionen Dollar für die Hochrüstung von NATO und EU bewirken kein Mehr an  
Sicherheit. Hochrüstung bedeutet Krieg. Welche Kriege wollen EU und NATO mit ihrem  
Militärpotential wo führen? Einen sicheren Frieden gibt es nur in einem weltweiten System  
kollektiver Sicherheit mit kontrollierter , nachhaltiger,  
104 Abrüstung!

## Begründung

Mit einer verestigten Hochrüstung geht die gesteigter Kriegsührungsfähigkeit einher, worüber sie auch offen sprechen. Sonst müssten die Nato-Staaten ja nicht aufrüsten.

Russland wird keine Nato-Mitglieder "konventionell" angreifen, wie jetzt die Ukraine, weil dies, erklärtermaßen, den sog. "Bündnisfall" der Nato und sofort zu einem weltweiten Atomkrieg eskalieren würde. Das bestimmt doch heute schon die Ängste von Millionen Menschen, nicht nur in unserem Land. Dies Gefahr der atomaren Eskalation und damit die Vermeidung, ist auch der heutigen russischen Führung klar.

## Antrag L03.104.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

### Antragsteller\*in:

BV Tempelhof-Schöneberg, MdB Sahra Wagenknecht  
(Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Norman Paech, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 104

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu  
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60  
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für  
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,  
102 um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5  
103 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter  
104 Abrüstung! und nicht gegen Russland und China.

## Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

### weitere Antragsteller\*innen

Prof. Dr. Hermann Klenner (Ältestenrat), Luisa Mayer ([/solid], Delegierte), Anne Urschll (BAG Gesundheit und Soziales, Delegierte), Klaus Ernst (MdB), Thorben Peters (Lüneburg, Delegierter), Zaklin Nastic (Landesvorsitzende Hamburg, MdB, Delegierte), Yusuf Karaaslan (Marburg-Biedenkopf, Delegierter), Sabine Lösing (Göttingen), Bengt Rüstemeier ([/solid], Delegierter), Meike Jockers (Wetteraukreis, Delegierte), Sevim Dagdelen (MdB), Christian Leye (MdB), Andrej Hunko (MdB), Ralf Krämer (SL, Delegierter), Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss), Wolfgang Gehrcke (Ältestenrat), Friedrich Rabe (Bundesausschuss), Jochem Visser (Bundesausschuss), Constantin Braun (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte), Bernd Buxbaum (Vorpommern-Rügen, Delegierter), Julian Eder (Wetteraukreis, Delegierter), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg Mitte, Delegierte), Claudia Geratewohl (Cuba Si, Delegierte), Kristian Glaser (Hamburg Mitte, Delegierter), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform, Delegierter), Stephan Jegielka (Berlin Mitte, Delegierter), Thomas Kachel (BAG FIP, Delegierter), Gudrun Kian (Vorpommern-Rügen, Delegierte), Alexander King (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Dr. Lydia Krüger (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierte), Horsta Krum (Kommunistische Plattform, Delegierte), Dr. Artur Pech (Oder-Spree, Delegierter), Melanie Rott (Berlin Mitte, Delegierte), Peter Wils (Hamburg-Langenhorn, Delegierter), Elisabeth Wissel (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierte), Franziska Hildebrandt (Hamburg Mitte, Ersatzdelegierte), Arne Brix (Oldenburg), Isabelle Casel (Rhein-Berg, Sprecherin der BAG FIP), Moritz Hieronymi

(Brandenburg an der Havel), Marvin Knappe (Dahme-Spreewald), Anja Koch (Havelland), Prof. Dr. Ekkehard Lieberam (Leipzig), Elke Lieberam (Leipzig), Christiane Reymann (Berlin Pankow), Olaf Walther (Stellv. BA-Mitglied für LV Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg Mitte, Delegierte)

## Antrag L03.104.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** Hanna Wanke (Bayern · Nr. 230)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 104

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu  
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60  
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für  
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,  
102 um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5  
103 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter  
104 Abrüstung! Folgerichtig fordern wir den Austritts Deutschlands aus der NATO und das sofortige  
Ende der deutschen Beteiligung am weltweiten Wettrüsten.

### Begründung

Unser Parteiprogramm fordert die Auflösung der NATO. Dazu kann es nur kommen, wenn einige Länder vorangehen, den Schritt wagen, aus diesem Kriegsbandnis auszutreten. Als einzige linke und ernstzunehmende Friedenspartei im Deutschen Bundestag, sollten wir diese Forderung stellen. Nicht nur um den Kriegstreibern von Ampel, Union und AfD etwas entgegen zu stellen, sondern auch, weil wir als sozialistische und internationalistische Partei den Grundsatz einer friedlichen Politik und einer Politik der Völkerverständigung vertreten. Diesem Grundsatz steht die NATO nicht nur im Ukraine-Konflikt weiterhin diametral entgegen.

## Antrag L03.105.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 105

105 Die Bundeswehr ist nicht ~~unterausgestattet~~ unterfinanziert, sondern kaputt reformiert! Milliarden  
Euro wurden in den vergangenen  
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten  
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir  
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze  
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

### Begründung

Wenn Soldaten ihre Ausrüstung selber besorgen müssen, weil es die Bundeswehr nicht schafft, dann

ist diese unterausgestattet. Oder wenn Panzer, Flieger oder Hubschrauber nicht fliegen können, weil Ersatzteile fehlen, dann ist diese unterausgestattet. Unsere Bundeswehr ist mit ihrem zentralen Beschaffungswesen und ihrer Ausrichtung auf Auslandseinsätze kaputt reformiert worden.

## Antrag L03.105.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

<b>Antragsteller*in:</b>	Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 105 - 109

105 Die Bundeswehr ist finanziell nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen  
106 Jahren ~~an~~durch völlig unnütze Beraterverträge ~~versenkt~~und ein ineffizientes Beschaffungswesen  
vergeudet. Mit der von der Bundesregierung angekündigten  
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir  
108 wollen die Bundeswehr vor allem auf die Landesverteidigung beschränken, und Auslandseinsätze  
109 ~~beenden und sie in keine neuen entsenden~~deutlich reduzieren. Der Rüstungsetat muss sinken.

### Begründung

Geld wird bei der Bundeswehr vor allem durch ein ineffizientes Beschaffungswesen verschwendet. Die Bundeswehr rein auf die Landesverteidigung zu beschränken, ist auch vor dem Hintergrund, dass wir die NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem ersetzen wollen, nicht ernsthaft realisierbar. Die Beendigung ALLER Auslandseinsätze der Bundeswehr kann in ein ähnliches kommunikatives Desaster wie bei der Afghanistan-Abstimmung führen.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Elke Breitenbach (Berlin Pankow)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)

Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)

Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)

Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)

Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)

Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexander Luft (Kreisverband Harz)

Maika Neie (KV Harz)

Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)

Lars Hilbig (BAG FDS)

Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)

Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Andrea Johlige (KV Havelland)

Klaus Lederer (Pankow)

Jonas Teune (Berlin-Pankow)

Salome Berhanu (BV Pankow)

Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)

Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Hans-Joachim Wenk (ausgetreten)  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Martina Trauth (KV Potsdam)

Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg )  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)

Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.105.3: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 105 - 109

105 ~~Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet~~Die Bundeswehr war nie "unterausgestattet" und  
unterfinanziert! Milliarden Euro wurden in den vergangenen  
106 ~~Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten~~  
107 ~~Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir~~  
108 ~~wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze~~  
109 ~~beenden und sie in keine neuen entsenden.~~ Jahrzehnten an sogenannte Beraterfirmen und die  
Rüstungskonzerne verschenkt, weil z.B. sämtliche Rüstungsprojekte expotentielle  
Preissteigerungen zur Folge hatten und haben. Bekannt ist den gleiche Akteuren\*innen in der  
neuen Bundesregierung, dass für öffentlichen Auftragsvergaben, und das sind Rüstungsaufträge,  
schon seit jeher ein Automatismus an Preissteigerung zugebilligt wird. Der Rüstungsetat muss  
sinkendeutsche "Verteidigungshaushalt" war und ist ein Selbstbedienungsladen für die deutsche  
und internationale Rüstungsindustrie. Dies zeigt sich auch an den explodieren Aktienkursen und  
den knallenden Sektkorken der Internationale der Rüstungslobby als Spekulation auf die weiterhin  
"rosige" Zukunft für sie. Mit der von der Bundesregierung jüngst beschlossenen Aufrüstung hat  
Deutschland nach den USA und China sofort den drittgrößten Militäretat in der Welt. Wir wollen  
die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze beenden und sie in  
keine neuen entsenden. Die Senkung des Rüstungsetats ist eine wesentliche Voraussetzung für  
wirksame und nachhaltige Abrüstung.

### Begründung

Der Textvorschlag spricht für sich selbst und passt so in den Leitantrag.

## Antrag L03.107.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 107

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen

- 106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
- 107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Hier geht es nicht um die Verteidigung, sondern um Absicherung von deutschen imperialistischen Interessen. Deutschland und die anderen EU-Staaten nutzen die Verunsicherung der Bevölkerung angesichts der russischen Aggression, um eine ungeheure Aufrüstung durchzusetzen. Um einen nachhaltigen Frieden zu schaffen, gibt es aber keine Alternative zur Abrüstung. Aufrüstung hingegen erhöht die Kriegswahrscheinlichkeit. Wir
- 108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
- 109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L03.108.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 108

- 105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
- 106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
- 107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
- 108 wollen die Bundeswehr zuerst auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
- 109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L03.109.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 109

- 105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
- 106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
- 107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
- 108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
- 109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss langfristig sinken und effizienter genutzt werden.

## Begründung

Eine Bundeswehr, welche ihre Aufgabe der Landesverteidigung wahrnehmen möchte, muss erst einmal umgestaltet werden. Das kostet Geld und deshalb ist aktuell von einer schnellen Senkung abzusehen. Deshalb muss erst einmal der vorhandene Etat effektiver genutzt werden und dann verkleinert.

## Antrag L03.109.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

<b>Antragsteller*in:</b>	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 109

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen  
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten  
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir  
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze  
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Die Bundeswehr muss schrittweise abgerüstet werden bis hin zu ihrer Auflösung. Der Rüstungsetat muss ~~sinke~~radikal gekürzt und zu Gunsten sozialer Politik ebenso aufgelöst werden.

### Begründung

Bundeswehr und Militarismus schaffen keine Sicherheit, sie schaden der Wohlfahrt aller.  
„DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne Kriege. Das Grundgesetz verbietet die Vorbereitung von und Teilhabe an Angriffskriegen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – diesem Gebot muss wieder Geltung verschafft werden.“ (Erfurter Programm)

## Antrag L03.110.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

<b>Antragsteller*in:</b>	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 110 - 114

110 ~~Die politische~~Für DIE LINKE gibt es keine Alternative besteht darin: investieren wir in Aufrüstung-  
~~oder in-~~  
111 ~~Klimaschutz,~~in Klimaschutz, in benutzbare Schulen und Kitas, in den Ausbau nachhaltiger Pflege-  
~~und den sozialgerechten, bezahlbare (Sozial-)Wohnungen, den sozial gerechten~~ Umbau von  
112 Wirtschaft und ~~Gesellschaft? Unsere Antwort ist klar: Wir wollen den Klimawandel-~~  
113 ~~bekämpfen und soziale Gerechtigkeit schaffen, statt in den Tod~~Gesellschaft sowie in den Erhalt  
der zivilen Infrastruktur und damit der Schaffung von nützlichen und sicheren Arbeitsplätzen zu  
investieren. ~~DIE~~  
Weil wir zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften den Klimawandel wirksam bekämpfen  
und soziale Gerechtigkeit schaffen wollen und nicht in den Tod und Verderben durch Militär und  
Krieg. DIE LINKE ist Teil der gesellschaftlichen Bewegung gegen die neue Aufrüstung-

## Hochrüstung, für Frieden und Abrüstung und einen nachhaltigen Klimaschutz

### Begründung

mündlich und :

Wir müssen in unserem LT 03 nicht die Hochrüstung bzw. eine weitere Militarisierung, auch nicht rethorisch oder "aufklärerisch", als "Alternative" beschreiben, wenn wir sie doch längst infrage stellen. Es gibt keine "erneute" Aufrüstung, sondern eine gesteigerte Hochrüstung. "Aufrüstung" findet permanent sowohl durch steigende Militärhaushalte, Wirtschaftswachstum und insbesondere technologisch statt, WENN dies eine starke Friedensbewegung unter Einschluss unserer Partei, den DGB-Gewerkschaften und den Sozialverbänden nicht aufhält.

### Antrag L03.115.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 115 - 117

115 In den vergangenen Jahrzehnten sind Abrüstungsverträge insbesondere und zuerst von den USA  
gekündigt oder gar nicht erst

116 unterzeichnet worden - ein schweres Versäumnis. Die Atomwaffenmächte kommen ihrer

117 Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht mehr nach.

### Begründung

mündlich

### Antrag L03.118.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 118 - 120

- 118 • Die UN-Vollversammlung hat mit großer Mehrheit für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)  
119 gestimmt,  
120 der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Mit der Unterzeichnung könnte die Bundesregierung eine positive politische "Führungsrolle" in Europa übernehmen, anstatt für weitere Hochrüstung. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Vertrag jetzt endlich zu unterzeichnen.

### Begründung

"jetzt endlich" erklärt sich aus dem zeitlichen Zusammenhang seit 2021.

## Antrag L03.120.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller\*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 120

- 118 • Die UN-Vollversammlung hat für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gestimmt,  
119 der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, den  
120 Vertrag zu unterzeichnen sowie alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.

## Antrag L03.121.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller\*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 121 - 122

- 121 • ~~Deutschland soll~~ Die Bundesregierung muss sich für ~~eine Wiederauflage des Vertrags zur~~  
122 ~~Ächtung von~~  
Mittelstreckenraketen einen neuen Vertrag über die Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und  
Kurzstreckenraketen sowie die Abschaffung von dagegen bestehenden und vorgesehenen  
Raketenabwehrsystemen in ganz Europa zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien, der  
NATO und Russland und seinen Verbündeten einsetzen. DIE LINKE fordert sie dazu auf und  
unterstützt die Friedensbewegung bei einer möglichen Kampagne für dieses Ziel.

### Begründung

"Ächtung" (?) würde nicht reichen; es bestand auch nie ein solcher Vertrag zwischen Russland und den USA. Zwischen der Sowjetunion und den USA wurde am 8. Dezember 1987 ein Vertrag über den Abbau und die Liquidierung ihrer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa geschlossen, der von den USA unter der Regierung Trump ca. 2018/19 aufgekündigt wurde. Dadurch ist die Atomkriegsgefahr in Europa nach dem Ende dieser sehr konkreten Bedrohung bis 1989 erneut rasant angestiegen. Allerdings dürfen dabei die atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen Frankreichs und Großbritanniens nicht mehr ausgelassen werden.

Nur die Abschaffung und überprüfbare Vernichtung dieser Atomwaffen und von den dagegen gerichteten Raketenabwehrsystemen vermindert die Atomkriegsgefahr in ganz Europa und darüber hinaus.

## Antrag L03.124.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller\*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 124

- 123 • Die geplante Anschaffung von F35-Bombern ist nicht nur unverantwortlich teuer,  
124 sondern dient auch der sogeannten „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands im Rahmen der NATO. Dadurch wird die Atomkriegsgefahr ebenfalls weiter erhöht. Die "nukleare Teilhabe" muss beendet werden, bevor die neuen F35-Atombomber gekauft werden. Die dafür vorgesehenen US-Atomsprenköpfe müssen aus Deutschland abgezogen werden, spätestens im Rahmen eines Abrüstungsvertrages über Kurz- und Mittelstreckenwaffen. DIE LINKE fordert die Bundesregierung dazu auf und unterstützt die Kampagnen gegen die sog. "nukleare Teilhabe", also den möglichen Atomwaffeneinsatz durch die Bundeswehr in Europa.

#### Begründung

mündlich

### Antrag L03.125.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 125 - 127

- 125 • ~~Dies ist brandgefährlich~~ Alles, was jetzt den Weg der erneuten Hochrüstung vorantreibt, ist  
126 eskalierend und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. ~~Die-~~  
127 ~~"nukleare Teilhabe"~~ Im Angesicht des "nur" k o n v e n t i o n e l l e n Krieges Russlands gegen die und in der Ukraine, den für alle klar erkennbaren unverstellbaren Schäden in der gesamten Infrastruktur der Ukraine und dem nicht enden wollenden menschlichen Leid durch Tod, Verletzung, Flucht und Vertreibung ist es jetzt ebenso notwendig, Verträge über konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung von der Bundesregierung zu fordern. Zugleich muss  
~~ausgesetzt, die US-amerikanischen Atomsprenköpfe-~~  
~~müssen aus Deutschland abgezogen~~ der OSZE in ihrer Bedeutung im Kontext vertrauensbildender Maßnahmen wieder ein wirksamer Stellenwert gegeben werden. Ein erster Schritt bei uns wäre die sofortige Beendigung der Verladung und Durchleitung von Waffensystemen aller Art durch Deutschland in die Ukraine. Immer mehr Waffen verlängern den Krieg, eskalieren ihn weiter und tragen weder zu seinem schnellen Ende noch zur Beendigung von Kampfhandlungen, Kriegsverbrechen und Grausamkeiten bei.

#### Begründung

mündlich und:

Nur mit der Forderung an die Bunderegierung, sich (wieder) für Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Waffen einzusetzen, geben wir der Forderung nach Abrüstung mehr Fundament.

### Antrag L03.125.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### **Zeile 127**

- 125 • Dies ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die  
126 "nukleare Teilhabe" muss ausgesetzt, die US-amerikanischen Atomsprengköpfe  
127 müssen aus Deutschland abgezogen werden. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

### **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinckel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Luca Renner (KV Oberhavel)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)

Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Johannes Dilger (Freiburg)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)

Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.126.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

**Antragsteller\*in:** LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 126

- 125 • Dies ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die  
126 "nukleare Teilhabe" muss ~~ausgesetzt~~beendet, die US-amerikanischen Atomsprengeköpfe  
127 müssen aus Deutschland abgezogen werden.

### Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich

## Antrag L03.129.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 129 - 134

- 129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als ~~Konflikt zwischen autoritären und~~  
130 ~~demokratischen Systemen und als~~ „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.  
131 Dieses Bild ist falsch. ~~DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:~~  
132 ~~Wir vergessen nicht, dass vor~~Vor etwa 30 Jahren ~~mit den Jugoslawienkriegen wurden in~~  
Jugoslawien Kriege ausgetragen, vor 20  
133 ~~Jahren mit dem „Kosovo-Krieg“~~Jahren im „Kosovo“, vor acht Jahren ~~mit der Annexion der Krim das~~  
134 ~~Völkerrecht gebrochen~~ wurde militärisch die Krim abgespalten.

### Begründung

Für uns hat der Krieg AUCH die Dimension eines Konfliktes zwischen autokratischen und demokratischen Systemen. Es ist offensichtlich, dass Russland in zahlreichen Staaten autokratische und diktatorische Regierungen unterstützt.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:  
Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Luca Renner (KV Oberhavel)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)

Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Araïlym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)

Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.132.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 132 - 133

- 129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als Konflikt zwischen autoritären und  
130 demokratischen Systemen und als „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.  
131 Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:  
132 Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den Jugoslawienkriegen, vor 20-  
133 Jahren mit dem „Kosovo-Krieg“, auch von der damaligen deutschen Bundesregierung ausgelösten  
Bürgerkriegen im Jugoslawien, 1999 mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato gegen  
die Republik Serbien, im Jahr 2001 mit dem Überfall der USA-geführten Nato-Koalition auf den  
Staat Afghanistan, 2003 mit dem Angriffskrieg der USA und weiterer Staaten auf den irakischen  
Staat oder vor acht Jahren mit der Annexion der Krim das als Teil der Ukraine das  
134 Völkerrecht gebrochen wurde.

## Begründung

mündlich

## Antrag L03.133.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 133

129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als Konflikt zwischen autoritären und  
130 demokratischen Systemen und als „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.  
131 Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:  
132 Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den Jugoslawienkriegen, vor 20  
133 Jahren mit dem ~~„Kosovo-Krieg“~~ Angriffskrieg der NATO unter deutscher Beteiligung gegen Jugoslawien, vor acht Jahren mit der Annexion der Krim das  
134 Völkerrecht gebrochen wurde.

### Zeile 136

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei und seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen kurdische Kämpfer in Nordirak und Nordsyrien zu sehen ist - (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

### Zeile 157 - 160

156 „Vor vierzig Jahren, mitten im Kalten Krieg (zielte) der sogenannte „Palme-Bericht“  
157 ~~(...)(...)~~ darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen ~~(...):(...)~~: Der Frieden in der Welt muss sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch ~~gegenseitige Auslösung-Gründen~~ gegenseitige Auslöschung gründen. Angesichts der drohenden Ausweitung des bewaffneten  
161 Konflikts in der Ukraine sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, sich zu besinnen: Niemand ist wirklich sicher, bevor es nicht alle sind. Militärische Machtdemonstrationen und die gegenseitige Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend. Was wir brauchen ist ein neues Verständnis von Sicherheit. Wir können die globalen Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es eine Politik der gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!“

### Zeile 205

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des  
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als  
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und  
205 einen gerechten sozial-~~ökologischer~~ökologischen Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu  
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare  
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir  
208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare  
209 Energien zu fördern.

## Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich

## Antrag L03.135.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 135

135 Im weltweiten Konflikt zwischen Autoritarismus und Demokratie stehen wir klar auf Seiten der Demokratie. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind politische Errungenschaften, die auch von Generationen von Linken und Antifaschist\*innen hart erkämpft wurden. Für Autokraten darf es kein Verständnis, keine Relativierung geben. Demokratische Institutionen verbessern die Ausgangsbedingungen für Veränderung und stellen praktische Ansatzpunkte für weiteren Fortschritt und Emanzipation dar. Wir verteidigen sie gegen autoritäre Tendenzen im Inneren wie gegen ihre Bedrohung von außen durch einen autoritären Kapitalismus a la Putin. Für Demokratieverachtung und die Verharmlosung von Diktaturen ist in unseren Reihen kein Platz. Wir wollen die Demokratie ausweiten und über ihre sozialen Beschränkungen im Neoliberalismus hinausgehen, nicht dahinter zurück.

136 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

## Begründung

Erfolgt mündlich

**weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)

Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Araïlym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)

Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truningner (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.135.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in:

KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 135 - 137

- 135 ~~Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten~~ Die NATO darf nicht mit  
einem demokratischen Bündnis verwechselt werden. Sie ist und bleibt ein  
136 ~~Militärbündnis, das – wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist – in dem~~ (geo-  
137 )strategische ~~Fragen höher wertet als~~ Belange Gewicht haben und nicht demokratische Werte.

Dies sieht man aktuell deutlich am Mitgliedstaat Türkei. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

## Antrag L03.135.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 137 - 141

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-  
137 ~~)strategische~~strategischen Fragen ~~höher wertet als demokratische Werte~~Priorität eingeräumt wird.  
Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden andere imperiale Kriege ~~jenseits der NATO~~-zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

### Begründung

Erfolgt mündlich

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Elke Breitenbach (Berlin Pankow)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)

Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)

Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)

Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)

Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)

Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)

Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexander Luft (Kreisverband Harz)

Maika Neie (KV Harz)

Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden) Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)

Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand) Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)

Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städtereion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.136.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Tempelhof-Schöneberg, MdB Sahra Wagenknecht (Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Norman Paech, weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 136

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei, vor allem aber an den USA zu sehen ist  
- (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

### Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

## weitere Antragsteller\*innen

Prof. Dr. Hermann Klenner (Ältestenrat), Luisa Mayer ([solid], Delegierte), Anne Urschll (BAG Gesundheit und Soziales, Delegierte), Klaus Ernst (MdB), Thorben Peters (Lüneburg, Delegierter), Zaklin Nastic (Landesvorsitzende Hamburg, MdB, Delegierte), Yusuf Karaaslan (Marburg-Biedenkopf, Delegierter), Sabine Lösing (Göttingen), Bengt Rüstemeier ([solid], Delegierter), Meike Jockers (Wetteraukreis, Delegierte), Sevim Dagdelen (MdB), Christian Leye (MdB), Andrej Hunko (MdB), Ralf Krämer (SL, Delegierter), Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss), Wolfgang Gehrcke (Ältestenrat), Friedrich Rabe (Bundesausschuss), Jochem Visser (Bundesausschuss), Constantin Braun (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte), Bernd Buxbaum (Vorpommern-Rügen, Delegierter), Julian Eder (Wetteraukreis, Delegierter), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg Mitte, Delegierte), Claudia Geratewohl (Cuba Si, Delegierte), Kristian Glaser (Hamburg Mitte, Delegierter), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform, Delegierter), Stephan Jegielka (Berlin Mitte, Delegierter), Thomas Kachel (BAG FIP, Delegierter), Gudrun Kian (Vorpommern-Rügen, Delegierte), Alexander King (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Dr. Lydia Krüger (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierte), Horsta Krum (Kommunistische Plattform, Delegierte), Dr. Artur Pech (Oder-Spree, Delegierter), Melanie Rott (Berlin Mitte, Delegierte), Peter Wils (Hamburg-Langenhorn, Delegierter), Elisabeth Wissel (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierte), Franziska Hildebrandt (Hamburg Mitte, Ersatzdelegierte), Arne Brix (Oldenburg), Isabelle Casel (Rhein-Berg, Sprecherin der BAG FIP), Moritz Hieronymi (Brandenburg an der Havel), Marvin Knappe (Dahme-Spreewald), Anja Koch (Havelland), Prof. Dr. Ekkehard Lieberam (Leipzig), Elke Lieberam (Leipzig), Christiane Reymann (Berlin Pankow), Olaf Walther (Stellv. BA-Mitglied für LV Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg Mitte, Delegierte)

## Antrag L03.136.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 136 - 142

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 ~~Militärbündnis~~Kriegsbündnis, das - wie deutlich ~~am Mitgliedstaat~~an den Mitgliedsstaaten USA und  
Türkei zu sehen ist - (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. ~~Das stand~~Als Teil der deutschen  
Friedensbewegung steht dies im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei ~~wurden~~beachten wir auch imperiale Kriege jenseits der NATO ~~zu wenig beachtet, wie~~  
~~etwa-~~  
142 ~~die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA. Die USA~~  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

### Zeile 185

185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, ~~insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete~~. Wir  
186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst  
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International

188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im  
189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,  
190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der  
191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer  
192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, kein Militär, sondern  
193 Ärzt\*innen, Techniker\*innen oder Wissenschaftler\*innen.

#### **Zeile 242 - 244**

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. ~~Link~~Die  
243 Solidarität der LINKEN bezieht sich ~~nicht auf Staaten, sondern~~ auf Menschen, auf soziale  
244 ~~Bewegungen und~~ Bewegungen, auf Klassen und progressive Parteien sowie linke Regierungen  
weltweit. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und  
246 friedliche Welt.

#### **Begründung**

Begründung erfolgt mündlich.

### **Antrag L03.137.1: Änderungsantrag zu L03-03**

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

#### **Zeile 137**

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Daher halten wir fest an unserem Ziel  
der Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter  
Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

#### **Begründung**

Der Krieg in der Ukraine, die NATO-Politik und die Aktualität des Erfurter Programms.

## Antrag L03.139.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 139 - 144

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe ~~Kosovo~~Krieg gegen Serbien/Kosovo- oder  
Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden ~~imperiale~~ Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie ~~etwa~~  
142 ~~die militärischen Interventionen von Russland z.B. der innerstaatliche Krieg Russlands in~~  
Tschetschenien und In Syrien führten und führen alle interessierten Gross- und Mittelmächte  
weiterhin Krieg. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben  
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren je nach Interessenlage  
blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

### Begründung

mit den Veränderungen und Ergänzungen im Antragstext ist alles erklärt.

## Antrag L03.140.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 140 - 145

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. ~~Das stand im Fokus LINKER-~~  
141 ~~Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa~~  
142 ~~die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA-~~  
143 ~~und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben~~  
144 ~~den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und~~  
145 ~~die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.~~

### Zeile 146 - 150

146 ~~Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft~~  
147 ~~in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO~~  
148 ~~vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~  
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~  
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L03.146.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 146 - 152

146 ~~Insbesondere in den~~ Nicht nur in den nord- und osteuropäischen Staaten ist der berechtigte  
Wunsch nach ~~einer Mitgliedschaft~~  
147 ~~in der NATO durch den russischen Angriffskrieg~~ kollektiver Sicherheit gewachsen, ~~der Krieg hat so~~  
~~der NATO~~  
148 ~~vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~  
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~  
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat die geopolitische. Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und Abrüstung  
würden den Frieden sichern. Die bisherige Ausrichtung der NATO wird diesem Ziel nicht gerecht.  
Allerdings sind die aktuellen Lösungsansätze vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen Folgen.  
Letztlich hat sich das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten ~~insbesondere zwischen der NATO,~~  
152 ~~Russland und China befördert~~ in der gesamten Welt gefestigt. Diese Spirale der weltweiten  
Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

## Begründung

Überall in Europa wächst der Wunsch nach kollektiver Sicherheit durch den russischen Angriffskrieg, auch in Deutschland, auch bei unseren Wähler\*innen. Diese NATO ist aber aus unserer Sicht die falsche Lösung für das Problem.

Alle Ansätze auch außerhalb der NATO sind gescheitert. Keine zwei Maßstäbe!

## Antrag L03.146.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in: BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach

Der Parteitag möge beschließen:

#### **Zeile 146**

- 146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten sowie in Schweden und Finnland ist der Wunsch  
nach einer Mitgliedschaft  
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO  
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine  
149 „neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen  
150 Folgen. Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

#### **Begründung**

Hier sind Schweden und Finnland unbedingt zu nennen, da beide Staaten den Wunsch erklärt haben, der NATO beitreten zu wollen.

#### **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

- Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)

Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)

Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)

Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.146.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 146 - 154

146 ~~Insbesondere in den osteuropäischen~~ In einigen Staaten, wie Schweden und Finnland, ist der  
Wunsch nach einer Mitgliedschaft  
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO  
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. ~~Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~  
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~  
150 ~~Folgen. Letztlich hat die~~ Dadurch wird die Interessenssphäre, der Handlungsraum und die  
Handlungsoptionen der Nato direkt an die Grenzen Russlands ausweitet. Die geopolitische  
Ausrichtung der NATO, insbesondere durch das fortwährende Hegemoniestreben der USA und  
ihre ständige Militärpräsenz auf dem gesamten Erdball, hat das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen und ein drohendes Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 der EU, Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ~~ist~~  
154 brandgefährlich steigert die Weltkriegsgefahr. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass  
Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

### Begründung

Die "neue Weltordnung" ist der Kapitalismus imperialer Prägung durch die USA seit 1991/92. Es ist auch gescheitert, sondern das Bestreben von EU, USA, Japan findet sich in der Globalisierung der Märkte wieder. Es wird durch die Antragverfasser\*innen nicht klar, wo was gescheitert sei oder was konkret gemeint ist. Ist zum Beispiel der Krieg gegen Jugoslawien 1999 oder Afghanistan 2001 bis 2022 gemeint?

Es droht dann eine neues Wettrüsten, wenn die Pläne der Nato auf Erweiterung oder die Erhöhung aller Rüstungshaushalte aller Nato-Staaten weiterhin ansteigen oder wenn die UNO nicht bald eine Abrüstungskonferenz durchführt, wie in den 80er Jahren des 20 Jahrhunderts.

## Antrag L03.146.4: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

**Zeile 148 - 152**

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft  
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO  
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. ~~Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~  
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~  
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat ~~die geopolitische Ausrichtung der NATO~~ das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen ~~und einzu einem~~ Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 Russland und China ~~befördert~~ geführt. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

**Begründung**

Die Formulierung, dass die NATO eine neue Weltordnung installieren wollte, schließt an verbreitete Verschwörungstheorien an und spiegelt die reale Entwicklung nicht wieder. Die geopolitische Ausrichtung der NATO war in den letzten Jahren unter den Mitgliedsstaaten eher umstritten (Macron bezeichnete sie als hirntot, Trump als überflüssig). Erst die russische Aggression gegen die Ukraine hat wieder für ein geschlossenes Feindbild und eine erneute Konjunktur des Paktes gesorgt.

**weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Elke Breitenbach (Berlin Pankow)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)

Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)

Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)

Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)

Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)

Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)

Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexander Luft (Kreisverband Harz)

Maika Neie (KV Harz)

Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)

Lars Hilbig (BAG FDS)

Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)

Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Andrea Johlige (KV Havelland)

Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)

Klaus Lederer (Pankow)

Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Jonas Teune (Berlin-Pankow)

Salome Berhanu (BV Pankow)

Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)

Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)

Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden) Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)

Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städtereion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)

Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.148.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 148 - 152

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft  
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO  
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. ~~Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~  
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~  
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat ~~die geopolitische Ausrichtung der NATO~~ das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen ~~und einzu einem~~ Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 Russland und China ~~befördert~~ ~~geführt~~. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

### Begründung

Die Formulierung, dass die NATO eine neue Weltordnung installieren wollte, schließt an verbreitete Verschwörungstheorien an und spiegelt die reale Entwicklung nicht wieder. Die geopolitische Ausrichtung der NATO war in den letzten Jahren unter den Mitgliedsstaaten eher umstritten (Macron bezeichnete sie als hirntot, Trump als überflüssig). Erst die russische Aggression gegen die Ukraine hat wieder für ein geschlossenes Feindbild und eine erneute Konjunktur des Paktes gesorgt.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:  
Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)

Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))

Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Araïlym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)

Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.150.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 150

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft  
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO  
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine  
149 „neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen

150 Folgen. Der Bundesparteitag DIE LINKE spricht sich gegen alle Versuche von Politiker\*innen der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Programms zu relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine angeblich nicht mehr zeitgemäß seien. Wir brauchen in unserer Partei keine Debatte für mehr Aufrüstung; konsequente Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur NATO neu überdenken. Es bleibt dabei: „wir fordern die Auflösung der NATO...den Austritt aus den militärischen Strukturen

des Militärbündnis ...striktes Verbot von Rüstungsexporten. Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden“ (Erfurter Programm). Angesichts des Charakters der NATO als Kriegs**ündnis imperialistischer Staaten fordern wir den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO.**

Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in

- 151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag L03.168.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 168 - 171

- 168 ~~Wir halten daran fest, dass~~ Der völkerrechtswidrige Krieg kein Mittel der Politik sein darf Russlands macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen. Die ~~multipolare-~~  
169 ~~Weltordnung mit ihren verschiedenen~~ NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialen Machtzentren braucht Interessen der westlichen Staaten. Deshalb halten wir an unserer Position fest, dass die NATO aufgelöst und durch eine neue gemeinsame internationale Sicherheits- und Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den  
171 ~~Mittelpunkt stellt~~ unter Einschluss Russlands ersetzt werden muss.

## Antrag L03.168.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in: KV Kassel

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 168 - 171

- 168 ~~Wir halten daran fest, dass~~ Der völkerrechtswidrige Krieg kein Mittel der Politik sein darf Russlands macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht unvergessen. Die ~~multipolare-~~  
169 ~~Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht~~ NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Deshalb halten wie an unserer Position fest, dass die NATO aufgelöst und durch eine neue gemeinsame internationale Sicherheits- und Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den  
171 ~~Mittelpunkt stellt~~ unter Einschluss Russlands ersetzt werden muss.

## Begründung

Konkretisierung und deutlichere Positionierung  
Beschluss des KV Kassel-Stadt Fortführung der KMV am 30.05.2022

## Antrag L03.168.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 168

- 168 Wir halten daran fest, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, die Selbstverteidigung gegenüber einer Aggression bleibt jedoch legitim. Die multipolare  
169 Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht eine neue  
170 Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den  
171 Mittelpunkt stellt.

## Begründung

Erfolgt mündlich

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)

Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Luca Renner (KV Oberhavel) Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)

Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)

Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.172.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 172 - 173

~~172 **1. —Frieden durch kollektive Sicherheit, Verbindlichkeit des Völkerrechts und**~~  
~~173 **Abrüstung—**~~

### Zeile 174 - 180

~~174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn~~  
~~175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht~~  
~~176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse~~  
~~177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter~~  
~~178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die~~  
~~179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen~~  
~~180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches~~  
~~181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, die der Abrüstung verpflichtet ist.~~

### Zeile 182 - 184

~~182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. Auch wesentliche NATO-~~  
~~183 Staaten haben das Römische Statut nicht unterschrieben, um sich vor~~  
~~184 Strafverfolgung zu schützen— das muss anders werden!~~

### Zeile 194 - 201

~~194 **2. —Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**~~  
~~195 Wir treten dafür ein, dass die UN Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster~~  
~~196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die~~  
~~197 Beseitigung von Hunger und extremer Ungleichheit, umfangreiche Konfliktprävention und~~  
~~198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden auf unserem Planeten. Wir wollen gute~~  
~~199 Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten garantieren. Es braucht~~  
~~200 einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen~~  
~~201 auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.~~

## Friedenspolitische Positionen weiterentwickeln

### Zeile 202 - 209

~~202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des  
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als  
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und  
205 einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wetttrüsten und Rückschritte zu  
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare  
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir  
208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare  
209 Energien zu fördern.~~

Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der Partei und mit Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft an einer Weiterentwicklung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten. Der friedenspolitische Grundkonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten. Darin wollen wir unter anderem Vorschläge zu folgenden Fragestellungen erarbeiten:

210

- Welche Art von allgemeinen und/oder gezielten Sanktionen sind in bestimmten Konstellationen sinnvoll und unterstützenswert?
- Welche Maßnahmen sind aus unserer Sicht sinnvoll, Ländern wie Moldawien oder Georgien, die real von einem aggressiven Nachbarn militärisch bedroht sind, auch ohne NATO tatsächliche Sicherheit zu bieten?
- Wie könnten ein System der kollektiven Sicherheit in einer multipolaren Welt und die ersten Schritte dahin aussehen? Was schlagen wir für die EU und ihre Mitgliedsstaaten vor? Soll die EU aus unserer Sicht eine Rolle bei der Sicherheitsarchitektur spielen?
- Welche linken Ansätze für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen unterstützen wir?

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Internationale Kommission des Parteivorstandes, diesen Diskussionsprozess zu organisieren und auf dieser Basis Optionen zu erarbeiten, die auf dem Bundesparteitag der LINKEN im Jahre 2023 zur Abstimmung gestellt werden.

### Zeile 210 - 216

~~210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel  
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität  
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von  
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,  
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. Solange die Länder im globalen Süden  
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus  
216 diesen Ländern ab.~~

### Zeile 0 - 217

.

### **3. Die UNO reformieren und stärken**

### Zeile 218 - 221

~~218 In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,  
219 beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive~~

~~220 Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber dem  
221 Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht erhalten.~~

#### **Zeile 222 - 231**

~~222 Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die  
223 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder  
224 das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der  
225 Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich  
226 ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Das  
227 Welternährungsprogramm (WFE), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die  
228 internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) müssen  
229 finanziell entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Statt des Sondervermögens  
230 von 100 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben könnte mehr Geld für die aufgezählten  
231 UN-Organisationen viel zur Verhinderung zukünftiger Kriege beitragen.~~

#### **Zeile 232 - 235**

~~232 Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der  
233 Partei und mit Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft an  
234 einer Aktualisierung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der  
235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten.~~

#### **Zeile 236 - 237**

~~236 Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die UNO demokratisiert und  
237 kollektive Sicherheit in einer Zeit mit mehreren Großmächten erreicht werden kann.~~

## **Antrag L03.179.1: Änderungsantrag zu L03-03**

Änderungsantrag zu L03-03

### **Antragsteller\*in:**

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

#### **Zeile 179**

174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn  
175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht  
176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse  
177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter  
178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die  
179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen  
180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches  
181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, die der Abrüstung verpflichtet ist.

### **Begründung**

Eine globale Friedensordnung unter Einschluss Russlands erscheint aktuell nicht nur unmöglich, sie ist es. Wir würden hiermit ein falsches Signal aussenden.

## **weitere Antragsteller\*innen**

### Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Maika Neie (KV Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

### Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)

Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam,BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)

Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.181.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 181

174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn  
175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht  
176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse  
177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter  
178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die  
179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen  
180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches  
181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, ~~die der Abrüstung verpflichtet ist.~~ Den in den EU-  
Verträgen immer mehr verankerten Zwang zur militärischen Aufrüstung; die Entwicklung eigener

„militärischer Verbände und Strategien der EU und die wachsende Militarisierung der Außenpolitik der einzelnen EU-Mitglieder stellen wir uns entgegen.“

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L03.182.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 182 - 183

- 182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. ~~Auch wesentliche NATO-~~  
183 Staaten wie China, Russland, USA und die Türkei haben das Römische Statut nicht  
184 unterschrieben, um sich vor  
Strafverfolgung zu schützen - das muss anders werden!

## Begründung

Die USA und die Türkei sind die eingigen Nato-Staaten, die das Römische Statut nicht unterschrieben haben. Außerdem ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet Russland in dieser Aufzählung fehlt.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Elke Breitenbach (Berlin Pankow)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)

Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)

Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)

Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexander Luft (Kreisverband Harz)

Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)

Lars Hilbig (BAG FDS)

Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)

Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)

Klaus Lederer (Pankow)

Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Jonas Teune (Berlin-Pankow)

Salome Berhanu (BV Pankow)

Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)

Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)

Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)

Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))

Michael Grunst (Lichtenberg)

Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)

Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
RAUS: Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam,BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)

Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.183.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 183 - 184

- 182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. Auch wesentliche NATO-
- 183 Staaten haben das Römische Statut nicht unterschrieben, um ~~sich vor~~
- 184 Strafverfolgung ~~zu schützen—das muss anders werden!~~ wegen Kriegsverbrechen zu vermeiden.  
Wir fordern die Bunderegierung auf, ihrerseits alle Nato-Mitglieder offiziell aufzufordern, das  
Römische Statut zu unterzeichnen.

### Begründung

Das etwas anders werden muß, ist für den Anspruch unserer Partei banal, wenn es um (bekannte) Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecher weltweit geht.

## Antrag L03.185.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 185

- 185 • Waffenlieferungen lehnen wir nicht grundsätzlich ab, insbesondere soweit sie in Krisen- und  
Kriegsgebiete einem konkreten Konflikt bei klarer Verantwortlichkeit des Aggressors für die  
Verteidigung erforderlich sind. Wir
- 186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
- 187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
- 188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im
- 189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,
- 190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
- 191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
- 192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, kein Militär, sondern
- 193 Ärzt\*innen, Techniker\*innen oder Wissenschaftler\*innen.

## **Begründung**

Mit guten Gründen setzt sich die LINKE gegen Waffenexporte ein. In diesem konkreten Fall geht es aber um Nothilfe nach Art. 51 der UN-Charta. Waffenlieferung an die Ukraine werden auch von linken und anarchistischen Gruppen in der Ukraine und anderen linken Parteien in Osteuropa gefordert. Das heißt nicht, dass allen Wünschen der Ukraine sofort und in vollem Umfang nachgekommen wird. Insbesondere darf es nicht zu einem Beschuss russischen Territoriums kommen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Alexander Luft (Kreisverband Harz)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Linus Hagemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Charlotte Baschwitz (KV Magdeburg)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Luca Renner (KV Oberhavel) Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)

Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Alexander Veit (Berlin Treptow-Köpenick)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
RAUS: Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam,BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))

Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Willmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.185.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 185

- 185 • Rüstungsexporte und Waffenlieferungen aller Art lehnen wir vollständig ab, insbesondere in-  
186 Krisen- und Kriegsgebiete egal wohin. Wir  
187 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst  
188 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International  
189 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im  
190 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,  
191 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der  
Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer

192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, kein Militär, sondern  
193 Ärzt\*innen, Techniker\*innen oder Wissenschaftler\*innen.

## Begründung

Es kann bei der Ablehnung keine Einschränkung geben. Ansonsten stellen wir unser Menschenrechtsverständnis wieder infrage.

## Antrag L03.186.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 186 - 193

185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir  
186 wollen zivile die Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst  
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International  
188 bereits ~~bewährte benutzte~~ Instrumente, wie unbewaffnetes ~~ziviles~~ Peacekeeping, müssen auf  
189 ihre Wirksamkeit im  
190 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ~~stärker gefördert~~ überprüft und neu konzipiert  
191 werden. Die Milliarden,  
192 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der  
193 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer  
Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, ~~kein Militär, sondern~~  
Ärzt\*innen, Techniker\*innen ~~oder~~ und Wissenschaftler\*innen. Einsatz von Militär jeder Art ist  
dabei für uns ausgeschlossen.

## Begründung

"Peacekeeping" ist ein Begriff aus der politischen Aservatenkammer des CIA (USA), dient der Destabilisierung von den Interessen der USA oder anderer westlicher Staaten entgegenstehenden Regierungen oder Bewegungen meist in Entwicklungsländern. Dies gehört zunächst mal überprüft, bevor wir das als Linke bejubeln.

weiter mündlich

## Antrag L03.193.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 193

185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir  
186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst  
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International  
188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im

189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,  
190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der  
191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer  
192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, kein Militär, sondern  
193 Ärzt\*innen, Techniker\*innen oder Wissenschaftler\*innen.

- [DIE LINKE fordert die Wahrung politischer, sozialer und rechtlicher Standards für ethnische, sprachliche/geographische und religiöse Minderheiten bei uns und in allen Ländern.](#)

## Begründung

Die Vermeidung von Ausgrenzung, Benachteiligung, Unterdrückung, Verachtung, Hetze oder Verfolgung von Minderheiten, muss auch als Präventivmaßnahme zur Vermeidung von Bürgerkriegen und zwischen staatlichen "Einmischungskriegen" verstanden werden. Ethnische und religiöse Gegensätze und der Versuch erzwungener nationaler Homogenisierungen waren ein zentraler Faktor in Bürgerkriegen und Interventionskriegen in Europa seit 1991. Die Wahrung und Garantie von Minderheitenrechten, die Schaffung föderativer Strukturen, sowie lokaler und ethnisch und religiöser Autonomie, sind daher zentrale Instrumente einer präventiven Friedenspolitik, innerhalb und außerhalb der EU.

## Antrag L03.194.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Treptow-Köpenick, Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 198 - 201

194 **2. Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**  
195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster  
196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die  
197 Beseitigung von Hunger und extremer Ungleichheit, umfangreiche Konfliktprävention und  
198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden auf unserem Planeten. ~~Wir wollen gute-~~  
199 ~~Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten garantieren. Es braucht~~  
200 ~~einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen~~  
201 ~~auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.~~

### Zeile 202 - 209

202 ~~Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des~~  
203 ~~Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als~~  
204 ~~gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und~~  
205 ~~einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wettrennen und Rückschritte zu~~  
206 ~~fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare~~  
207 ~~Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir~~  
208 ~~fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare~~  
209 ~~Energien zu fördern.~~

## **Zeile 210 - 216**

~~210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel  
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität  
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von  
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,  
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. Solange die Länder im globalen Süden  
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus  
216 diesen Ländern ab.~~

## **Begründung**

Wir haben keine inhaltliche Kritik an der gestrichenen Passage. Das Thema wird aber besser und ausführlicher im Leitantrag des PV zum sozial-ökologischen Umbau behandelt. Eine (unvollständige) Doppelung ist unnötig und kontraproduktiv.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)  
Elke Breitenbach (Berlin Pankow)  
Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)  
Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)  
Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)  
Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)  
Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)  
Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)  
Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)  
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)  
Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbäcker (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Anna Voswinckel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)  
Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Henrik Wagner (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)

Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrin Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Philipp Wohlfeil (BV Treptow-Köpenick)  
Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajaczkowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Steffen Klötzer (Leipzig)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.197.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 197 - 201

- 194 **2. Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**  
195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster  
196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die  
197 Beseitigung von Hunger, Elend und extremer Ungleichheit Armut, umfangreiche Konfliktprävention  
und  
198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden, vergleichbare Entwicklungschancen für Staaten.

- ethnische Minderheiten und Individuen und damit der zunehmenden Schaffung sozialer Sicherheit für alle auf unserem Planeten. Wir wollen ~~g~~Gute Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten ~~garantieren~~durchgesetzt wissen und werden uns zusammen mit unseren Bruder- und Schwesterparteien in anderen Ländern, der Europäischen Linken/Linksparteien, mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden in Europa und dafür einsetzen. Es braucht
- 200 einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen
- 201 auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet. Die angeblich beschlossene Transaktionsteuer muss von der EU wirksam umgesetzt werden.

## Begründung

Wir kämpfen gegen Ungleichheit insgesamt.

i.w. mündlich

## Antrag L03.203.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 203

- 202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des
- 203 ~~Klimawandels~~Klimawandels. Klimapolitik ist zweifach mit ihr verknüpft. Zum einen führen die Folgen des Klimawandels zu Kriegen, z.B. bei Konflikten um Wasser und so zu Elend, Vertreibung und Flucht. Zum anderen sind Waffenproduktion und Krieg selbst nicht nur verantwortlich für humanitäre Katastrophen, sondern auch für extreme Zerstörung lebensnotwendiger Umwelt. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als
- 204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und
- 205 einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu
- 206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare
- 207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir
- 208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare
- 209 Energien zu fördern.

## Begründung

Antragstellerin BAG Ökologische Plattform

Die vorgeschlagene Formulierung ist eine an dieser Stelle notwendige Ergänzung und direkt dem 15-Punkte-Plan der LINKEN zu Klimaschutz entnommen:

[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2020-2022/beschluesse/2021-09-06\\_15\\_punkte\\_punkte\\_klimaschutz.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2020-2022/beschluesse/2021-09-06_15_punkte_punkte_klimaschutz.pdf)

## Antrag L03.203.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 203 - 209

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des  
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum durch die fossilen Brennstoffe dominierten  
Kapitalismus als  
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in ~~Energiewende und die~~  
Energiewende und  
205 einen gerechten sozial-~~ökologischer~~ökologischen Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu  
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare  
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist ~~Greenwashing statt Energiewende. Wir~~  
"Greenwashing" statt nachhaltiger Energiewende. Wir fordern ein ~~groß angelegtes-~~  
Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare  
209 Energien wirksam und nachhaltig zu fördern.

### Begründung

Was soll eine groß angelegtes Investitionsprogram sein, wenn es hier nicht zumindest skizziert wird?  
weiter mündlich

## Antrag L03.213.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 213 - 214

210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel  
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität  
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von  
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den hochentwickelten Industriestaaten der "imperialen  
Machtzentren" finanziert wird,  
214 ~~insbesondere~~auch von ehemaligen und bestehenden Kolonialmächten. Solange die Länder im  
globalen Süden  
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus  
216 diesen Ländern ab.

### Begründung

jetzt sollten wir im Sprachduktus, wie am Anfang des LT03 beschrieben, bleiben. Es gibt auch heute  
noch Kolonialmächte, wie z.B. Frankreich und Großbritannien.

## Antrag L03.214.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 214 - 216

210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel  
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität  
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von  
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,  
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. ~~Solange die Länder im globalen Süden~~  
215 ~~ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir~~ Für die Energiewende  
bestimmter Industriezweige wird in erheblichem Umfang Wasserstoff importiert werden. Das ist  
auf Dauer nur dann vertretbar, wenn der Wasserstoff klimaneutral erzeugt wird, da sonst lediglich  
CO2-Emissionen ins Exportland verschoben werden. Wir fordern daher, dass Wasserstoffimporte  
aus Ländern des globalen Südens so gestaltet werden, dass sie auch einen Beitrag zur  
klimaneutralen Energiewende in  
216 diesen Ländern ~~ab~~ selbst leisten.

## Begründung

Die Umstellung insbesondere der Stahlindustrie auf Wasserstoff ist ein notwendiger Schritt, der erhebliche Investitionen erfordert. Dasselbe gilt für die Erzeugung von Wasserstoff in großen Mengen aus Ökostrom. Das kann man nicht so verknüpfen, dass erst die klimaneutrale Wasserstoffproduktion aufgebaut wird und dann die Stahlproduktion umgestellt wird, weil man Zeit verliert und weil insbesondere Länder des globalen Südens keinen Wasserstoff produzieren werden, wenn es dafür noch gar keine Nachfrage gibt.

Richtig ist, Verträge zu fordern, in denen die Gewinne aus der Wasserstoffwirtschaft auch dafür verwendet werden, die Herstellerländer klimaneutral zu machen.

Ferner ist die Formulierung „ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können“ nicht korrekt. Es geht darum, den Energiebedarf aus erneuerbaren Energien zu decken, aber das muss ja nicht in jedem Fall den Umweg über Stromerzeugung gehen.

## Antrag L03.217.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 217

217 **3. ~~Die UNO reformieren und stärken~~ Friedensbewegung aufbauen!**

### Zeile 218 - 221

218 ~~In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,~~  
219 ~~beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive~~  
220 ~~Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber~~ Wir bauen  
breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften und Bewegungen gegen Hochrüstung und Krieg  
auf. Eine besondere Rolle kommt dem  
221 ~~Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht~~  
~~erhalten~~ #Der Appell zu mit deren Initiator\*innen wir eine Verankerung der Aufrüstung im  
Grundgesetz verhindern und den weiteren Widerstand gegen Aufrüstung organisieren wollen.

### Zeile 222 - 231

222 ~~Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die~~

~~223 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder  
224 das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der  
225 Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich  
226 ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Das  
227 Welternährungsprogramm (WFE), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die  
228 internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) müssen  
229 finanziell entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Statt des Sondervermögens  
230 von 100 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben könnte mehr Geld für die aufgezählten  
231 UN-Organisationen viel zur Verhinderung zukünftiger Kriege beitragen.~~

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L03.221.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

### Antragsteller\*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 221

218 In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,  
219 beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive  
220 Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber dem  
221 Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht erhalten. Das  
Vetorecht im Sicherheitsrat muss schrittweise abgeschafft werden.

## Begründung

Die Abschaffung bzw. Einschränkung des Vetorechtes ist eine der zentralen Forderungen in der Debatte um die UNO-Reform seit vielen Jahren. Das Vetorecht ist immer wieder von den Großmächten genutzt worden, um Verurteilungen von (häufig selbst geführten) Kriegen oder Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

### weitere Antragsteller\*innen

Delegierte:

Jan Libbertz (Kreisverband Hamburg Eimsbüttel)

Johannes Höfer (Kreisverband Vogtland)

Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)

Andreas Büttner (Kreisverband Uckermark)

Stefanie Fuchs (Bezirksverband Treptow-Köpenick)

Sabine Ritter (Hamburg Eimsbüttel)

Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen)

Sandra Brunner (Bezirksverband Berlin-Pankow)

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexander Luft (Kreisverband Harz)

Maika Neie (KV Harz)

Adrian Beilke-Ramos (KV Rheingau-Taunus/Hessen)

Lars Hilbig (BAG FDS)  
Mirko Schultze (Kreisverband Görlitz)  
Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald)  
Andrea Johlige (KV Havelland)  
Stephan Jersch (Bezirksverband Bergedorf)  
Klaus Lederer (Pankow)  
Jonas Teune (Berlin-Pankow)  
Salome Berhanu (BV Pankow)  
Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisverband Nordwestsachsen)  
Marc Mattern (Bezirksverband Berlin-Spandau)  
Caren Lay (Kreisverband Bautzen)  
Charlotte Baschwitz (KV Mahdeburg)  
Alexander Kuhne (Main-Kinzig-Kreis)  
Monika Lehmann (Kreisverband Dahme Spreewald (LDS))  
Michael Grunst (Lichtenberg)  
Dana Engelbrecht (FDS)  
Regina Kittler (Berlin Marzahn-Hellersdorf / BAG Bildung / SKK / LAG Bildung & Kultur Berlin)  
Frank Puskarev (FDS)  
Alexander Jahns (Bezirksverband Pankow)  
Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen)  
Fahbi Dickmeis (SKK)  
Tobias Schulze (Berlin-Mitte)  
Michael Neuhaus

Weitere:

Thomas Nord (BV Treptow-Köpenick, Berlin)  
Sebastian Wormsbächer (Pankow)  
Sibylle Wallat-Schwarz (KV Havelland)  
Anna Voswinkel (Bezirksverband Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Gernot Klemm (Berlin, Treptow-Köpenick)  
Jörn Jan Leidecker (Landesverband Berlin - BO Mitte)  
Walter Van Hove (Friedrichshain-Kreuzberg, BAG Klimagerechtigkeit)  
Timo Traulsen (Berlin Pankow)  
Thomas Raffel (Hessen, KV Bergstraße)  
Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße, BA)  
Alex Lepski (Freiburg)  
Jan Werner (Kreisverband Ravensburg)  
Lena Tietgen (Berlin-Mitte)  
Hans Schrieber (Berlin-Mitte)  
Michael Wippold (Landkreis Dahme-Spreewald)  
Kai-Uwe Helmers (Hamburg)  
Steffen Oppermann (KV Oberhavel)  
Karsten Peters (KV Rhein-Erft)  
Benedikt Wronski (Würzburg)  
Rüdiger Poelkow (Kreis Warendorf)  
Dr. Thomas Drzisga (Stadtverband Halle (Saale))  
Knud Vöcking (KV Warendorf)  
Mohlberg Gregor (KV Freiburg)  
Christoph Hey (Berlin Pankow)  
Tim Wolter (KV Oldenburg/Ammerland)  
Michael Barth (KV Verden)  
Hendrik Thome (Duisburg)  
Ronny Diering (KV Märkisch-Oderland)  
Sonja Kube (Berlin-Lichtenberg)

Gregor Bosch (Stadtverband Erfurt)  
Daniel Emmerich (Kreisverband Landau/Südliche Weinstrasse)  
Christian Suhr (DIE LINKE Oldenburg-Land (Niedersachsen))  
Laurin Ahnert (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)  
Frederik Hintermayr (KV Augsburg)  
Dominike Pauli (KV Frankfurt)  
Denny Krause (Kreisverband Bautzen / Budysin)  
Matteo Gesualdo Corvaja (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Anne Trompa (Berlin Kreuzberg)  
Daniel Schwerd (Kreisverband Köln)  
Carsten Penzlin (Kreisverband Rostock)  
Martina Trauth (KV Potsdam)  
Arailym Wödl (Kreisverband Ostalbkreis Vorstandsmitglied, Sprecherin im Ortsverband Schwäbisch Gmünd, Delegierte auf dem Landesparteitag und Landesausschuss)  
Julius Bücher (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg Berlin)  
Leon Huesmann (KV Steinfurt)  
Udo Quarz (Kreisverband Altenkirchen, RLP)  
Ulrike Detjen (Kreisverband Köln)  
Alexander Schmejkal (Bezirksverband Pankow von Berlin)  
Paul Plogsties (Die Linke Marzahn-Hellersdorf)  
Christiane Schneider (HH-Mitte)  
Florian Kautter (Kreisverband Stormarn)  
Johannes Müllerschön (KV Heilbronn-Unterland, BAG Betrieb und Gewerkschaft, kompofo Ba Wü)  
Christoph Cornides (KV Mannheim, Mitglied Kreisvorstand)  
Michael Braedt (KV Region Hannover)  
Kai Schwarz (Kreisverband LDS)  
Renate Angstmann-Koch (KV Mannheim)  
Julian Böhm (Kreisverband Helmstedt)  
Falk Przewosnik (Stadtverband Erfurt)  
Dr. Konstanze Kriese (BO Brüssel (LV Berlin))  
Uwe Schwarz (Berlin-Treptow-Köpenick, BAG Emanzipatorische Linke)  
Dieter Storck (Frankfurt/M., FDS)  
Werner Moritz (Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke (Ema.Li) Niedersachsen, KV Osnabrück NDS)  
Tino Marwitz (Potsdam, BAG Klimagerechtigkeit)  
Yannik Wiedenbrück (BV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Hartmut Prescher (Frankfurt)  
Stefan Martin Heinzen (Kreisverband Altenkirchen (Westerwald))  
Klaus Gloede (Pankow)  
Anja Stiedenroth (LV Berlin, Bezirk Pankow)  
Stephan Truninger (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
Tobias Schreiner (Landesvorstand RLP, Kreisverband Landau/SüW)  
Bernd Friedrich (Leipzig Mitte)  
Axel Bielefeldt (Berlin - Pankow)  
Michael Weinreich (KV Salzgitter, Niedersachsen, Kandidat für den Bundesvorstand)  
Jörg Detjen (Kreisverband Köln)  
Christine Wilholm (KV Augsburg)  
Justus Heine (Heidelberg, Kreisvorstand)  
Kai Martin (Kreisverband Treptow-Köpenick)  
Katrín Mohr (KV Neukölln, BAG Betrieb & Gewerkschaft)  
Patrick Gawliczek (DIE LINKE. Herne / Wanne-Eickel)  
Rüdiger Lötzer (Berlin Mitte)  
Angela Yvonne Kilian (KV Frankfurt am Main)  
Jean-Luc Michi (KV Heilbronn-Unterland)

Sebastian Schlüsselburg (BV Berlin-Lichtenberg)  
René Lindenau (Landesverband Brandenburg)  
Carsten Strauch (Kreisverband Bielefeld)  
Simon Knapp (KV Wesel)  
Heiner Meinhold (Bezirksverband Pankow)  
Maximilian Heger (Kreisverband Städteregion Aachen)  
Maren Böning (Treptow-Köpenick)  
Hartmut Zick (Lichtenberg)  
Marco Pompe (Berlin Prenzlauer Berg West)  
Elias Hildebrandt (Treptow-Köpenick)  
Fabian Lindner (KV Fürth)  
Moritz Haake (Treptow Köpenick)  
Johann Zajackowski (OVV Prenzlauer Berg Süd)  
Lars Dieckmann (Kreisvorstand Main-Kinzig)  
Joshua Fehrenz (Treptow-Köpenick)  
Gabriela Waldecker (KV Mannheim)  
Alexander Strauß (SV Jena, Thüringen)  
Philipp Holzhammer (Köln)  
Claudia Jacob-Uçar (Berlin Mitte, Emanzipatorische Linke)  
Pico Schmidt (Kreisverband)  
Klaus-Peter Berndt (Bezirksverband Hamburg-Altona)  
Wolfgang Freye

## Antrag L03.232.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 232 - 235

~~232 Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der~~  
~~233 Partei und mit Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft an~~  
~~234 einer Aktualisierung der~~ Der Bundesparteitag DIE LINKE spricht sich gegen alle Versuche von  
Politiker:innen der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten,  
~~der~~  
~~235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN~~ Grundsätze des Erfurter Programms zu  
relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine angeblich nicht  
mehr zeitgemäß seien. Wir brauchen in unserer Partei keine Debatte für mehr Aufrüstung,  
konsequente Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur  
NATO neu überdenken. Es bleibt dabei erhalten: dabei: „wir fordern die Auflösung der NATO..., den  
Austritt aus den militärischen Strukturen des Militärbündnis ..., striktes Verbot von  
Rüstungsexporten. Den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Alle ausländischen  
Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden“ (Erfurter Programm)

### Zeile 236 - 237

~~236 Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die UNO demokratisiert und~~  
~~237 kollektive Sicherheit in einer Zeit mit mehreren Großmächten erreicht werden kann.~~

## Antrag L03.232.2: Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 232 - 235

232 Wir haben neu erkannt, wie zentral eine klare friedenspolitische Position und Praxis der Partei ist.  
Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der  
233 Partei und mit Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft an  
234 einer ~~Aktualisierung~~Schärfung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der  
235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN - strikte Gewaltfreiheit, soziale Entwicklung und internationalistische Solidarität - bleibt dabei erhalten.

#### Begründung

Die Steigerung von Militarismus und deutscher Großmachtspolitik erfordert nicht die Relativierung des Programms, sondern neuen Elan für ihre praktische Verwirklichung.

### Antrag L03.232.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

#### Zeile 232 - 235

232 ~~Wir werden~~DIE LINKE strebt im Ergebnis des 8. Parteitages eine Friedens- und  
Abrüstungskonferenz gemeinsam ~~in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der~~  
233 ~~Partei und mit~~ Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung und Akteur\*innen der Friedensbewegung in ihrer gesamten Breite an  
234 ~~einer Aktualisierung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der~~  
235 ~~friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten.~~

#### Begründung

Ein "breiter und demokratischer Diskussionsprozess in der Partei" ist hinsichtlich eine angeblichen "Aktualisierung" unserer friedenspolitischen Positionen nicht notwendig. Die friedenspolitischen Positionen unseres Parteiprogramms, dass am 23. Oktober 2011 durch den Parteitag beschlossen und durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011 bestätigt wurde, haben auch jetzt Bestand, sind weiterhin zutreffend und sind aktuell wie am ersten Tag. Wir haben unsere Expertise und Kompetenz zu allen friedenspolitischen Themen und Problemen, auch den aktuellen, schon in unserer Partei versammelt. Nutzen wir diese doch endlich proaktiv für unser politische Arbeit! Dies gilt für den gesamten Abschnitt **4.6.** und insbesondere für die Abschnitte mit den Überschriften "**Frieden in Solidarität statt Kriege**", "**Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit**" sowie "**Internationale Zusammenarbeit und Solidarität**".

**Eine eigene friedens- und abrüstungspolitische Konferenz in Kooperation der Rosa-Luxemburg-**

**Stiftung und Akteuren\*innen der Friedensbewegung wäre vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine sinnvoll**

## **Antrag L03.236.1: Änderungsantrag zu L03-03**

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

### **Zeile 236 - 237**

- 236 ~~Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die~~ Die demokratische Struktur der  
UNO ~~demokratisiert~~ und
- 237 ~~kollektive~~ ihrer Institutionen kann durch eine verbindlichere finanzielle Absicherung durch die  
wirtschaftlich stärksten Mitglieder aus den imperialien Machtzentren gesichert werden. Ein  
weltweites System kollektiver Sicherheit kann auch in einer ~~Zeit mit mehreren~~  
~~Großmächten~~ Situation mehrerer imperialer Machtzentren erreicht werden ~~kann~~.

### **Begründung**

Die Forderung nach einer "Demokratisierung" der UNO bezieht sich offensichtlich auf die im Antragstext in den Zeilen 216 bis 231 gemachten Aussagen über die unsichere und wechselvolle bzw. zeitweilig immer wieder mangelhafte finanzielle Ausstattung der UNO-Institutionen. Dazu müssen wir aber nicht unser Parteiprogramm in Teilen infrage stellen oder "aktualisieren", geschweige denn einen "breiten und demokratischen Diskussionsprozess" führen wollen. Die finanziellen Probleme der UNO sind leider nicht neu und längst bekannt. Davon hängt also nicht eine angeblich fehlende Aktualität unseres Parteiprogramms von 2011 ab. Hier heißt es dazu (Zitat): "Dafür bedarf es der überfälligen Reform, was größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größere Effektivität der UNO-Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates umschließt. Insbesondere fehlt eine stärkere Repräsentanz afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten. Notwendig ist auch die Verankerung größerer Rechte der größer gewordenen Generalversammlung. Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Charta-Ziele leisten." was hat davon an Aktualität verloren???

## **Antrag L03.242.1: Änderungsantrag zu L03-03**

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:** AG Cuba sí

Der Parteitag möge beschließen:

### **Zeile 242 - 246**

- 238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke-Im  
Zentrum der internationalistischen
- 243 Solidarität ~~bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf~~ der LINKEN stehen der Mensch und die  
Würde des Menschen, ~~auf soziale-~~

244 ~~Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive-~~  
245 ~~Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und-~~  
246 ~~friedliche.~~ Zugleich ist DIE LINKE solidarisch mit allen Bewegungen, Organisationen, Parteien und  
Regierungen sowie Staaten auf der ganzen Welt-, die sich für Frieden, das  
Selbstbestimmungsrecht der Völker, solidarische Wirtschaftsbeziehungen und gegen  
Imperialismus, Neokolonialismus, Armut sowie Ausbeutung von Mensch und Natur einsetzen und  
versuchen in ihren Ländern gesellschaftspolitische Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln.

## Begründung

Unsere Partei DIE LINKE kämpft „für internationale Solidarität und Kooperation zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen.“ So steht es in unserem Parteiprogramm. Und weiter heißt es dort: „Wir solidarisieren uns mit allen, die für Frieden, soziale und politische Gerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenwürde streiten“. Ja, wir als LINKE müssen uns mit allen solidarisieren – auch mit Regierungen –, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen und ihrem staatlichen Handeln diese Ziele verfolgen und umsetzen.

Die Einschränkung linker Solidarität auf „Menschen, auf soziale Bewegungen und Klassen“, wie es im Leitantrag „Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung“ heißt, würde für unsere Partei DIE LINKE folgendes bedeuten:

1. Wir würden fortschrittlichen Regierungen, die für ihre Länder das Recht auf Selbstbestimmung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung durchsetzen wollen (Zivil- und Sozialpakt der UNO, 1966), die Programme gegen Armut und Unterentwicklung in ihren Ländern realisieren und die sich von neokolonialen Strukturen, aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Einmischung von außen befreien wollen, die Solidarität entziehen.

2. Diese Einschränkung linker Solidarität würde in letzter Konsequenz auch bedeuten, die Solidarität mit dem sozialistischen Staat Kuba zu beenden.

Dies widerspäche sowohl unserem Parteiprogramm als auch den Beschlüssen von Parteitag, dem Bundesausschuss und dem Parteivorstand. Der Parteivorstand hat zuletzt am 14. Februar 2021 folgendes zu Kuba beschlossen: "DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution."

Das sozialistische Kuba ist Mitinitiator der Friedenszone Lateinamerika, das staatliche Handeln Kubas orientiert auf eine soziale und solidarische Wirtschaftsordnung und eine solidarische Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Kubas Initiativen u.a. für die Schaffung von ALBA und CELAC, die Einsätze der kubanischen Henry-Reeve-Brigade und die unzähligen Ärztemissionen Kubas belegen das.

Linke Solidarität darf das sozialistische Kuba nicht im Stich lassen. Linke Solidarität muss die Unterstützung progressiven Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika, im globalen Süden und in der ganzen Welt mit einschließen.

Und letztlich: Wie sollte sich denn unsere Partei verhalten, wenn wir – entsprechend dem vorliegenden Leitantrag – nur mit Menschen, sozialen Bewegungen und Klassen solidarisch wären, wenn diese Akteure sich als Wahlbündnisse organisieren und in Regierungsverantwortung kämen? Müssten wir dann unsere Solidarität beenden, weil es sich nun um staatliche Akteure handelt?

## Antrag L03.243.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

**Antragsteller\*in:**

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke  
243 Solidarität bezieht sich ~~nicht auf Staaten, sondern~~ auf Menschen, auf soziale  
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und  
246 friedliche Welt.

### Begründung

Es ist wirklichkeitsfremd und verfehlt, Staaten ganz auszuklammern, denn es muss auch darum gehen zu verteidigen, was es in der Charta der Vereinten Nationen steht: „Jeder Staat hat das Recht, seine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung frei zu wählen und zu entwickeln.“ Zudem sind viele solidarisch mit Kuba, mit Israel, aktuell mit der Ukraine, oder anderen Staaten.

## Antrag L03.244.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 244

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke  
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale  
244 ~~Bewegungen und Klassen~~ Bewegungen und Klassenkämpfe von unten. Wir setzen auf  
gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und  
246 friedliche Welt.

### Begründung

Wir sind schließlich nicht mit beiden Klassen solidarisch.

## Antrag L03.246.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 246

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke  
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale  
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und  
246 friedliche Welt.

„Der Krieg um die Ukraine bestätigt den Satz von Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.“ Die beste Friedenspolitik ist daher der Aufbau einer sozialistischen Arbeiter\*innenbewegung weltweit und der Kampf gegen die tieferen Ursachen von Militarismus und Krieg - das kapitalistische System. Nur eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft, die Schaffung einer Welt, in der nicht mehr der Profit einiger Weniger regiert, wird nachhaltigen Frieden erreichen können.

Wir betrachten es als eine wichtige Aufgabe der LINKEN auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg hinzuweisen und in der Antikriegsbewegung für antikapitalistische Positionen einzutreten.“

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag L03.246.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

<b>Antragsteller*in:</b>	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 246

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke  
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale  
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und  
246 friedliche Welt.

Aktiv werden gegen den Krieg! Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition. Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen. Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

## Begründung

Bisher fehlt im Antrag eine Aktionsorientierung, die muss ergänzt werden. Der Text stammt aus dem Alternativantrag „Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung“.

## Antrag L03.246.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller\*in: KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

### Zeile 246

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke  
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale  
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und  
246 friedliche Welt.

Aktiv werden gegen den Krieg!

Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg!“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition. Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen.

Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Wir fordern schon seit Jahren eine humane Migrationspolitik statt der tödlichen Abschottung an den EU-Außengrenzen. Während die USA und alle EU-Staaten sich erfreulicherweise bereit erklärt haben, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen relativ unbürokratisch zu helfen, wird weiterhin gegen Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten der Welt, wie aus Syrien und Afghanistan, mit harten Bandagen gekämpft, um sie aus der EU rauszuhalten. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik für alle Menschen in Not. Für Deserteur\*innen fordern wir das Asylrecht.

Wir fordern, keine weiteren Schritte der Eskalation zu unterstützen: Keine Osterweiterung der NATO, keine Verlegung von weiteren Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze. Wir fordern die Streichung der Auslandsschulden der Ukraine und solidarisieren uns mit den Kämpfen von ukrainischen Gewerkschafter\*innen gegen die Deregulierung des Arbeitsrechts unter dem Kriegsrecht und für soziale und demokratische Rechte.

DIE LINKE muss ihre friedenspolitischen Positionen stark machen; sie muss eine klare Stimme sein, die den Wahnsinn der Aufrüstung auf Kosten der lohnabhängigen Menschen und Armen infrage stellt. Sie muss sich stark machen für Deeskalation und Diplomatie statt Krieg, an jeder Stelle.

Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

# Antrag L03.257.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller\*in:

KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

## Zeile 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von  
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,  
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des  
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.  
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom  
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare  
57 Vorschläge eingebracht. [DIE LINKE ist gegen Nord Stream 2.](#)